

Riesaer Tageblatt

Dreitagsblatt
Tageblatt Riesa,
Nummer Nr. 20.
Postfach Nr. 82.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meißen behördliches bestimmt Blatt.

Postgeschäftsort:
Dresden 1660.
Strasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 4.

Wittwoch, 6. Januar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Aufstellungsgebühr, durch Postbezügserhöhung und Nachforderung vor. Ausgaben für die Nummer des Tagesschauers sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gemah für das Erstellen an bestimmten Tagen und Stellen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Gründlichkeit, Zeile (5 Silben) 25 Gold-Pennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pennige; zeitraubender und teuerlicher Tag 50%, Aufschlag. Gewöhnliche Rabatte erlaubt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtigste Unterhaltungsbüro: „Republik an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Redaktion und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Das herrschende Drittel.

an. Wer die französischen Verhältnisse kennt, kann nicht darüber im unklaren sein, daß die führende französische Politik mit Untreue immer behauptet, im Sinne des Volksgegenstand handeln zu müssen. Räumlich das französische Volk dient in seiner Wehrheit anders wie die mahnenden Parteien und vor allem wie die Regierung. Das zeigt sich besonders in der Stellung, die die breite französische Öffentlichkeit zu der Reparationsfrage nimmt. Der ehemalige Kommissar verzichtete die französische Regierung die Erfüllung des Youngplans. Sie will Einigegangenommen zeigen, aber sie will den Reparationsrahmen auf alle Fälle unangetastet lassen. Sie will sich mit Deutschland verhandeln, aber für diese Verständigung keine Opfer bringen. Und sie behauptet, sie sei dem französischen Volke Rechenschaft schuldig. Wenn die Kammer und der Senat sagen und wenn die großen Reden geschwungen werden, könnte es so scheinen, als ob tatsächlich eine Macht hinter der Regierung steht, die die Regierung fortsetzen würde, falls sie es mögen sollte, etwas von den logenmäßen wohlbeworbenen Rechten zu opfern. Aber dieses französische Parlament ist nun unter Umständen zusammengekommen, die heute nicht mehr durchdringend sind. Immer hat es die französische Regierung, welche auch am Ruder war, verstanden, die Wahlen auf innerpolitische Fragen zu konzentrieren. Sie wagte gelegentlich einmal außenpolitische Probleme einzuführen, der Wähler hätte aber keinen Deputierten, weil er aus rein lokalen Interessen es für richtig hielt. Wäre in der letzten Wahl schon die Reparationsfrage verhandelt worden, hätte die Regierung durch eine andere Kammer ein anderes Gesetz.

Das französische Volk, behauptet die französische Presse — und sie wird darin nicht widerstreiten —, sei zu zweiter Drittel für die völlige Befreiung der Reparationen. Höchst interessant ist der Vorstoß, den die Linkspresse jetzt vorgenommen hat. Sie fordert eine ziemlich und einmal notwendige offene Sprache. Sie sagt die Regierung, daß sie durchaus nicht im Interesse des gesamten französischen Volkes handele, wenn sie sich so an den Youngplan klammere und darüber lieber die Welt angreifen gehen lassen wolle. Zweiter Drittel aller Franzosen wollen keine weiteren Zahlungen von Deutschland. Sie sehen sich darüber klar, daß die Welt sich in Not befindet, daß die Not durch die deutschen Reparationszahlungen aufgelöst wurde und daß Frankreich den Ansatz zu einer Besserung der Weltlage geben könne, wenn es den großen Stein des Anstoßes entferne. So deutlich ist noch niemals die Stimme der Vernunft aus Frankreich herübergekommen. Ob sie aber Wirkung haben wird? Einerseits neigt sich die Regierungspresse, auszugeben, daß man Deutschland entgegenkommen müsse, aber sie macht Einschränkungen, während die Presse der Linken verrät, daß die französische Politik sich orientiert sei durch die Pariser Presse, die im Fabrikallianz einer Minderheit steht und die Regierung für Handlungen deckt, die nicht im Sinne des gesamten Wählers liegen. Frankreich sei dadurch, daß es verstanden habe, sich die größte Seite bei der Verteilung der Reparationen zu sichern, bereits hinreichend eingeschüchtert worden. Es habe genug von Deutschland erhalten, so daß es die große Geste machen könne, Retter der Welt zu sein.

Und dabei wird noch nicht einmal die amerikanische Feststellung ins Treffen geführt, daß Frankreich eigentlich gar nichts mehr zu erhalten habe. Einmal sollte ein bestimmter Schaden gutgemacht werden. Deutschland habe repariert, es habe den Schaden gutgemacht. Nicht nur durch Vorauszahlungen, sondern durch die Abtragung von vielem Material, durch die Lieferung von Tieren und Maschinen, spätestens aber auch durch die Abtragung der Kolonien, die bisher überhaupt nicht rechnerisch erfaßt wurden, obwohl sie ungeheure Werte darstellen. Gewiß werden auch die Franzosen diese amerikanische Auffassung einmal hören und sich ihre Gedanken machen müssen. Sie werden desto mehr der Überzeugung werden, daß Frankreich mit gutem Grunde sich von weiteren Reparationsforderungen abwenden kann.

Es ist immerhin eine erfreuliche Erscheinung, wenn im Angriff der Reparationskonferenz die französische Presse das Kind beim wahren Namen nennt und eine Aktion ins Leben ruft, die der französischen Regierung die Möglichkeit nimmt, sich weiter hinter die angebliche Volksmeinung zu verstecken und zu erklären, ihr wären die Hände gebunden, weil sie nur Dolmetsch eines Volkes sei, das die Politik der geraden Wahrheit fordere und unversöhnlich weiter dem Guimard-Prinzip huldige. Gewiß, die Pariser Samarilla, die die Pariser Presse beherrscht, die in Kammer und Senat das Wort führt, die sich auslädt, die Stimme der Wähler zu vertreten, wird es verleben, weiter Prestige-Fragen in den Vordergrund zu schieben. Doch haben die Delegierten der anderen Länder nun den Beweis in der Hand, daß sie es nur mit den Vertretern einer französischen Minderheit zu tun haben. Räume es, wie es die Mehrheit jetzt verlangt, so wäre tatsächlich eine gründliche Lösung des Reparationsproblems möglich, die Ablösung in volliger Abschaffung von diesem Abkommen, daß das Welt futsch lenkt und Deutschland, den Mittelpunkt der Weltwirtschaft, zum Sklaven einer Wiederaufbaupolitik macht, die heute lange überholzt, unbedeutend ist. Ablösung wurde nun von Deutschland die Gefahr der Auslauferung bis zur völligen Erfüllung als eine Gefahr für die gesamte Welt erklärt. Die Krisen der letzten Monate haben anderen Ländern und übrenden Politikern und Wirtschaftlern die Augen geöffnet. Sie sprechen in des Wortes wahrer Bedeutung deutsch: Fort von den Reparationen! Und sie rufen Deutschland in seinem harten Kampf gegen die Ungerechtig-

Die Tributare sind schuld an der Weltkrise.

* Stockholm. Im „Evenska Dagbladet“ nimmt Professor Gustav Cassel am Dienstag Stellung zu der Frage „Tributzahlungen und Weltwirtschaft“. Frankreich habe die Batailler Verhandlungen unter dem Leitsatz begonnen, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit im Youngplan festgestellt und deshalb nicht erweitert werden könne. Schon die leidige Einstellung eines solchen Zeitfaches sei bezeichnend für die französische Denkweise. Cassel erinnert in diesem Zusammenhang an das französische Verlangen, die Schuld auf Weltkrieg ein für allemal durch eine erzwungene Unterwerfung festzustellen.

Ausgedehnt hierauf begeht Frankreich den groben Fehler, daß es Deutschlands Zahlungsfähigkeit als eine gegebene Größe hinstelle, was unrichtig und unerhört sei. Frankreich habe ja selbst anerkennen müssen, daß Deutschland im Augenblick zahlungsfähig sei. Weiter habe Frankreich allerdings nicht gehen wollen, sondern dann vielmehr behauptet, daß die Weltwirtschaftskrise bald zu Ende gehen müsse. Das sei aber eine durch und durch unmoralische Ansicht. Die ganze Tributpolitik müsse ihre innere Unmöglichkeit erkennen, wenn nachgewiesen werde, daß die Tributzahlungen tatsächlich an der Weltkrise schuld seien. Daher sei auch bei der Konferenz ein von französischer Seite beeinflusstes Telegramm bemerkenswert, das die Konferenz auf den Grundtag festlegen wollte, die Weltwirtschaftskrise und die Tributzahlungen hätten nichts miteinander zu tun.

Wischen Weltwirtschaftskrise und Tributzahlungen besteht aber nicht nur ein physiologischer Zusammenhang, sondern eine unmittelbar nachweisbare Kausalverbindung. Die Tributforderungen hätten die Goldstandards der Welt und den internationalen Handel ins Verderben gehetzt. Deutschland habe nämlich außer den Tributen die Zinsen für frühere Tributzahlungen geliehenen 10 Milliarden Auslandschulden zu zahlen. Hierfür sei ein gewaltiger Ausfuhrüberschuss nötig, den die Gläubigerstaaten jedoch nicht aufnehmen wollten. Die Vereinigten Staaten und Frankreich hätten schließlich so viel Gold an sich gerissen, daß in den übrigen Ländern eine Goldknappheit entstand und alle Preise stiegen. Dadurch sei die Summe der Tribute und der übrigen Schulden noch weiter in die Höhe geschraubt worden. Aus diesen Gründen habe das internationale Goldstandard-System zusammenbrechen müssen.

Die Pressepolexit um die Reparationsfrage.

Berliner Blätter gegen französische Pressedauerungen.

■ Berlin. Einige Berliner Blätter beschäftigen sich in glossierender Form mit den verschiedenen französischen Presseäußerungen über die Reparationsfrage, insbesondere mit den Anregungen der „Drape de la Toussaint“ und der Polexit des „Tempo“ zu diesen Anregungen.

Die „Germania“ warnt daran, in den jüngsten französischen Pressestimmen an der Reparationsfrage bereits die Einleitung zu einem bevorstehenden Umschlag der französischen Regierung zu sehen.

Die Tatsache, daß die mutigen Feststellungen der südfranzösischen Provinzialzeitung einen so starken Sturm in der Pariser Presse erregen könnten, sei ein Beweis für die steigende Unsicherheit, in der man sich heute in Frankreich gegenüber dem politischen Schuldenproblem befindet. Die durch Frankreichs Hartnäckigkeit verschuldeten amerikanische Haltung in der Schuldenfrage werde die große Frage, auf was mit den eigenen Schulden werden solle.

Das „Berliner Tageblatt“ meint mit Bezug auf den „Tempo“, in dieser Stunde kritischste Aufsicht von der Wahrung der Prinzipien zu reden, bei der den politischen Bürokratismus abwurden führen. Das Deutschland, wenn es die Reparationen ledig wäre, alle übrigen politischen Ansprüche anmelden würde, sei eine matte Ausflucht. Wolle man unter diesem Gesichtswinkel handeln, so würde es nie zu einer Verständigung kommen.

Der „Tag“ nennt den Artikel der „Drape de la Toussaint“ „nur einen Entlastungsvorschlag für die deutsche Linke“. Die maßgebenden Kreise in Frankreich hielten sich an ihrer alten These fest: Reitung des Youngplanes um jeden Preis, eine möglichst kurzzitige Beleidigung, die die Weiterzahlung des ungeschütteten Tributanteils und die Rückerstattung an die so zu überstuhlende Reichsbahn vorsehe. Die anderwärts machende Einsicht über die wirtschaftliche Schädlichkeit der Tributare sei jedenfalls in Frankreich noch nicht verbreitet, zumal man ja dort in den Tributaten vor allem ein politisches Druckmittel sehe.

Amerikas Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz.

■ Washington. Botschafter Davies begann hier gestern seine Verhandlungen mit den einzelnen Regierungsräten und den übrigen Mitgliedern der amerikanischen Delegation, um die Richtlinien für die verschiedenen Punkte der Genfer Abrüstungskonferenz genau festzulegen. In Regierungskreisen wurde dabei gestern erneut betont, daß Amerika außerstlich greifbare Resultate von der Abrüstungskonferenz erwarte und besonders deswegen optimistisch sei, weil in der ganzen Welt der augenblickliche Zwang zu größter Sparmaßnahmen auch die bisher hartnäckigeren Regierungen zum Eingehen auf die Verminderungsvorschläge veranlassen werde. Die Genfer Tagung werde sich hauptsächlich mit der Landbewaffnung befassen; in dieser Frage könne Amerika seine führende Rolle übernehmen, da es weniger Truppen habe als irgendeine andere Großmacht. Beide man die Genfer Formel für die Berechnung der Effektivstärke der Reserven zu Grunde, so komme in Amerika auf 900 Köpfe der Bevölkerung ein Soldat, während die Alliierten in Verailles sogar Deutschland zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern auf je 800 Köpfe einen Soldaten augebilligt hätten. Trotzdem werde Amerika seinen ganzen Einfluß ausspielen, um die anderen Mächte zur Verminderung ihrer Landstreitkräfte auf wenigstens annähernd ähnliche Proportionen zu veranlassen.

Somit. Nur Frankreich nahm — gefolgt von seinen Verbündeten — eine Sonderstellung ein. Die Sonderstellung, die nun durch den Vorstoß der Linkspresse durchbrochen ist. Bissher wurde in einer wirklich großartigen Weise in Frankreich immer die Meinung der breiten Masse favorisiert. Man erfuhr nicht, was die Wählerchaft dachte. Auch die Linkspresse zeigte eine bewundernswerte Disziplin, bis jetzt ein Blatt den Bankrott durchbrach und den Anlauf zu einer der wichtigsten Debatten gab, die Frankreich je erlebt hat. In Paris ringt man beschworend die Hände, in Paris versuchen die Blätter der Regierung und der agierenden Parteien den Sturm aus dem Lande zu beschwören. Sie sehen aber die Wehrkraft der Wähler vor sich. Sie wissen, daß sie gegen diese Wähler nicht zu eifrig austrompfen können, denn die nächsten Wahlen könnten doch nicht eine innenpolitische, sondern eine äußerenpolitische Parole haben, und dann wäre ein Sozialwechsel notwendig, der schließlich — und das ist für die Pariser Presse immer die Hauptfahrt — einen großen materiellen Schaden bringen könnte.

Sicherlich wird diese Diskussion in Frankreich die Pariser Regierung aus ihrer einseitigen Einstellung lockern und wahrscheinlich auch zu einer größeren Bereitschaft führen. Doch darf man immer noch nicht die Hoffnung aussprechen, es könnte geschehen, daß nun, da auch die französische Mehrheit für die Befreiung der Reparationen ist, diese wirklich zu Grabe getragen werden.

Die Pariser Blätter zum Vorschlag eines Tributverzichts.

■ Paris. Die Aussforderung der radikalsozialistischen „Drape de la Toussaint“, Frankreich möge im Interesse einer deutsch-französischen Annäherung endgültig auf die Tributare verzichten, wird in der gesamten Pariser Presse ausführlich kommentiert. Die rechtgerichteten Blätter wenden sich mit aller Schärfe gegen eine derartige „Zumutung“, während die Linkspresse bis zur Republique einer derartigen Geste durchaus zu stimmen. Das Organ des linken Flügels der

radikalsozialistischen Partei erklärt, daß die Ausführungen des Toulouser Blattes vollkommen im Rahmen der Gedankengänge liegen, die von den Radikalsozialisten schon immer verteidigt worden seien. Die „Cité Nouvelle“, die den Präsidenten der Partei, Herriot, nahesteht, zeigt sich weniger begeistert. Auch sie stimmt dem Gedanken zu, macht jedoch zur Bedingung, daß eine derartige Geste nicht ein Geschenk Frankreichs darstellen dürfe. Es sei vorstüdiger und klüger gehandelt, wenn man vorher die notwendigen Zugeständnisse erhält und die Gewissheit habe, daß in Zukunft nie wieder die Idee von Rüstungsgleichheit, Beitztagsteuer oder Ähnlichem sei.

Die Rechtspresse ergeht sich zum Teil in groben Beschimpfungen gegen den Chefredakteur des Toulouser radikalsozialistischen Organs. „Amit du peuple“ erklärt, daß der Arbeiterkrieger geradezu idiotische Überlegungen anstelle. Er scheine vom Mond gefallen zu sein und die letzten zehn Jahre habe er nichts vollkommen unbedacht zu lassen. Journal des Débats erklärt, man müsse zunächst die Stellung Herriots, Caillaux und Sarrauts abwarten, um zu sehen, ob sie schon sowohl gefunden seien, daß sie den Plan hätten einen derartigen Plan anzunehmen.

Große Hochwassergefahr in Dessaun.

■ Dessaun. (Ausspruch.) Die Hochwassergefahr ist hier auf das höchste gestiegen. In Dessaun heulen die Sirenen ständig. Jena und Naguhn sind umstaut und von der Außenwelt abgeschnitten. Sämtliche Schutzausmaßnahmen sind ausgerückt, um die Dämme zu schützen.

Der Mulbedamm gebrochen...

■ Dessaun. (Ausspruch.) Der Damm der Mulde ist bei Neugau gebrochen. Der kaalische Hochwasserschutz, Zeno und Leibnitzgebiet sind dabei, ihn wieder zu schließen. Die Dörfer Neugau und Gollnitz sind in größter Gefahr. Die ganze Muldeane bildet weiterhin einen einzigen See.

Den Kopf hoch!

Wir haben die Feiertage gefeiert, wie sie fielen. Wir haben Weihnachten im Bescheindet, aber in alter Weise erlebt und sind in das neue Jahr mit Jubel und unbeschreiblicher Freude gegangen. Gerade so, als ob etwas Schwere überwunden ward und der Schritt in die Zukunft Verheißung bedeutet. Nun beginnt der Ernst des Lebens, nun sind wir wieder mitten in der Arbeit, soweit wir überhaupt noch Arbeitsmöglichkeiten haben. Und am Anfang soll immer ein gutes Wort, ein guter Vorsatz stehen: Der Vorschlag möge gelten: Den Kopf hoch! Dieser Tag hörte man im Radio, sicherlich hatten sich viele eingeschaltet, eine Übertragung aus Düsseldorf und am Schluß dieser unterhaltsamen, fröhlichen Feier, mahnte der Sprecher des Abends: Den Kopf hoch, aufrecht allen Stühlen zum Trop in das neue Jahr zu gehen. Er hat das richtige Wort gefunden. Die lustige große Gesellschaft schwieg lange still, und als er sich nach seiner Wahrung, seinem guten Rat verabschiedete, da sollte man ihm Beifall. Man bestift: Ja, der Kopf muß hoch getragen werden, wenn man sich nicht unterkriegen lassen will, man muß aufrecht gehen, wenn man nicht schwach werden will. Wir sind zu sehr ins Schleichen, so viel ins Vamptieren, zu stark in Unzufriedenheit gekommen. Wir sind mißmutig, träge, gleichgültig geworden. Wir sind andere Menschen wie früher und lassen und zu sehr gehen. Deshalb ist es ganz richtig, zu verlangen, rückt Dich zusammen, dem Nutzigen gehört die Welt. Der Jagdhäste, der Zweifelnde, der zu Bescheidende, der sich Duschte, sie alle geben ja anderen den Weg frei, die den Kopf hoch tragen und sich deshalb fröhlicher fühlen. An die Arbeit mit neuem Vertrauen: das ist das große Wort, das heute auch wirkliche Führer sprechen. Wir kommen nicht weiter mit Rügeleien und ewigen Unzufriedenheiten, mit den Händen in den Taschen legen und auf eine bessere Zeit warten. Die bessere Zeit zu schaffen, müssen wir alle beitragen. Und wir können es. Was ist nicht schon an Unheil über Deutschland hereingebrochen, und doch hat sich das deutsche Volk immer aus tiefster Not zu neuer Höhe und auch zu gesegnetem Wohlstand herauarbeiten können. Freilich: früher einmal mögen die Gegenseite nicht so stark gewesen sein, wie heute, früher haben die Rotszieten die Einigkeit der Menschen gefordert und gefördert. Heute ist jeder Versuch, das gesamte Volk eins zu machen im Kampf gegen die bittere Zeit, vergeblich. Das soll aber den einzelnen nicht hindern, aus Lagerwert zu gehen mit einer robusten Entschlossenheit und sich zu lagern; ich lasse mich nicht unterkriegen, ich werde es schaffen. Nicht immer macht es der Wille, nicht immer die Tapferkeit, aber in sehr, sehr vielen Fällen hilft doch das Selbstbewußtsein über schwere Zeiten hinweg und ein Kopf hoch tragen, eine aufrechte Haltung ist der direkte Eindruck eines kämpfenden Menschen. Seien wir also fahrbereit, geben wir ins neue Jahr mit dem Willen, es und nach unserem Willen zu meistern, dann noch immer gilt der alte Spruch: Jeder ist seines Glückes Schmied!

Predi.

Keine besondere Kürzung der Pensionen in Sachsen

Dresden, 6. Januar.

Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird mitgeteilt:

Unter der Überschrift „Die Pensionen gefürzt! Sachsen lebt Ruhegehalt, Witwen- und Waisengeld herab“ stellt der „Freiheitskampf“ an der Spitze seiner Montagsnummer die Behauptung auf, die Sächsische Regierung habe, nachdem die Pensionen der sächsischen Beamten bereits in der sächsischen Sparverordnung vom 21. September 1931 von 80 auf 75 v. H. herabgesetzt worden sei, nunmehr die Verjüngungsgebühren der sächsischen Beamten „außerhalb der Bestimmungen durch das Reich“ durchweg herabgesetzt.

Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die von der Sächsischen Regierung letzthin erlassene Bekanntmachung über „Pensionenkürzung lediglich diejenigen Vorrichten über Kürzung von Verjüngungsbezügen der sächsischen Beamten enthält, die bereits durch die dritte Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 angeordnet worden sind und die nach dieser Verordnung vom 1. Januar 1932 an in Kraft gesetzt werden müssten. Eine allgemeine Kürzung der sächsischen Pensionen über die Vorschriften des Reiches hinaus ist nicht angeordnet worden. Die Behauptung des „Freiheitskampf“ ist also unrichtig und seine Angriffe gegen die Regierung ungerechtfertigt.“

Deutsches und Sächsisches.

Siebzehn, den 6. Januar 1932.

* * * Bettevorbericht für den 7. Januar.
(Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.)
Wieder, meist stark bewölkt und zeitweise Niederschläge, ansonst noch mild, im späteren Verlauf vorwiegend Temperaturrückgang, dabei im Flachland und in unteren Gebirgslagen vorwiegend Wärmeabzug, frische, in freien Gebirgslagen auch kältere Winde aus westlichen Richtungen, kurze Temperaturländerungen für das Wochenende in Bereich der Möglichkeit.

* * * Daten für den 7. Januar 1932. Sonnenaufgang 8.04 Uhr. Sonnenuntergang 16.08 Uhr. Mondaufgang 8.21 Uhr. Monduntergang 14.56 Uhr.

785: Der Sachsenbergzug Bildung getroffen.

1881: Reichssokratiker Heinrich v. Stephan, der Gründer des Weltportfolios, in Stolp in Pommern geb. (gest. 1879).

1845: Der ehemalige König Ludwig III. von Bayern in München geb. (gest. 1921).

* * * Die Elbe steigt weiter. Die Elbe liegt ständig weiter und hatte heute vormittag einen Stand von plus 178 Zentimetern erreicht. Der Strom geht wieder in impolanter Breite, die Weizen überflutend, durch die Elbbrücken. Auch die Röder führt hartes Hochwasser. Im Göttelwasser wie im Müglitztal tönen gewaltige Wassermassen zu Tal. Doch scheint die unmittelbare Gefahr jetzt überall überwunden zu sein.

* * * Verbilligung von Kohle für die Hilfsbedürftige Bevölkerung in Riesa. Wir verweisen hiermit auf die diesbezügl. Bekanntmachung im vorliegenden amtlichen Teil.

* * * Warnung für junge Männer. (Polizeibericht) Am 5. 1. 32 gegen 14 Uhr n. hat ein Mann auf der steilen Hauptstraße einen Lehrling angeladen und diesen nach vorherigen Anfragen nach seinen persönlichen Verhältnissen zu homologuellen Handlungen gezwungen wollen. Der Mann wurde wie folgt beschrieben: 30–35 Jahre alt, etwa 1,70 groß, volles Gesicht, bartlos, unzärtlich, mit blauer Kappe und grünlicher Windelkappe bekleidet. Er soll eine Brille mit Horngriffen getragen und ein Fahrrad bei sich geführt haben. Geahndet wurde am 31. 12. 31 zwischen 12.15 bis 18.45 Uhr nachm. auf der Hauptstraße vor dem Grundstück 49 ein Halzenner,

Marke „Görlitz“ Nr. 900 800, mit graugrünem Rahmen mit blauem Sternkreis, gleichfarbigen Aufschläfern, neuer roter Menschen-Berichtung und Stennentzange mit roten Gummi-griffen. — Gedenkliche Mitteilungen hierüber werden nach dem Kriminalposten ertheilt.

* * * Geschäftsbüro in Görlitz. Herr Gustav Thesbor Radler, Hausnr. 82, begibt morgen, am 7. d. M., das 25-jährige Geschäftsjubiläum. — Mit anlässlich hiermit dem geschätzten Jubiläum vergnügten Glückwünschen.

* * * Offizielle Versammlung. Die Ortsgruppe Riesa des Sparverbands lädt im Anseigenteste zu einer öffentlichen Versammlung ein. Die morgen abend in der „Festhalle“ stattfindet.

* * * Eine empfindliche Störung in der elektrischen Anlage trat gestern in der S. Wenzelschule ein. Als Ursache dürfte eine vorübergehende Überlastung einer Niederspannungsleitung annehmen sein. Die Störung, die besonders in den betroffenen Gebäuden nachteilig empfunden wurde, konnte in verhältnismäßig kurzer Zeit behoben werden. Da die unwillkürliche Unterbrechung der Stromausfuhr nur eine brüllig heissezone war, konnte man bedenken, daß ein Raum plötzlich unbewohnt war, während die benachbarten Räume in hellem Licht erschienen.

* * * Deutscher Werkmeister-Verein — Ortsverein Riesa-Gröba. Die am 2. 1. 32 abgehaltene Jahreshauptversammlung brachte ein bezeichnendes Bild über Wirtschaftsbewegung und Stand des Ortsvereins. Am meisten hörten jedoch die älteren Kollegen unter der Wirtschaftskrise zu leben. Der Deutsche Werkmeister-Verein ist aber immer noch in der Lage, hellen und in Rot geratene Rollen zu unterstützen. Im Jahre 1931 konnte der Ortsverein Riesa-Gröba nachfolgende Unterstützungen zur Auszahlung bringen: An Stellenlose 304,- Pf. Rollagen 480,- PfM. Arbeitslos 115,- PfM. und Weihnachtsgeschenk an Stellenlose und bedürftige Invaliden und Witwen 400,- PfM. Die ges. Aufwendung betrug also 884,- PfM. Aus diesem Grunde kann man entnehmen, daß die Einrichtung jedem Werkmeister nur von Nutzen ist und es beweisbarstet sich immer wieder das Wort: „Einem für alle und alle für einen“.

* * * Gegen Schulgeldeinkommen. Das Landeskartell Sachsen des Deutschen Beamtenbundes hat auf Antrag des Sächsischen Gemeindebundes - Bundes beschlossen, mündlich und schriftlich gegen Einführung von Schulgelde für die Schüler der höheren Abteilungen an den Volksschulen und der Volksschulen der Berufsschule und gegen die Erhöhung des Schulgelbes für die höheren Schulen der der Staatsregierung vorstellig zu werden.

* * * Arbeitsausstellung der Schulgruppenleiter des Landesverbandes Sachsen im BDA. Im Grenzlandkreis des Vereins für das Deutschland im Ausland, dem Margarete Gronau-Heim in Schellerhau, versammelten sich am 3. und 4. Januar die Schulgruppenleiter des BDA zu einer stark befürchteten Tagung. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des 1. Vorsitzenden des Schulgruppenverbandes, Studienrat Durach Dresden, über „Jugendarbeit im Rahmen volkspolitischer Bildung“. Der Redner forderte keine Abschaffung vom politischen Leben, sondern die Zuwendung zu dem Bekenntnis des mitteleuropäischen Volks unter deutscher Wirtschaftsführung, weil darin auch das Problem der Auslandsdeutschen am sichersten gelöst werde. Für Sachsen forderte der Redner eine Beschränkung der Gruppenarbeit auf die ländlich-sächsische Grenzlandarbeit und eine völlige Erneuerung der Jungföhrenschaft. — Aus den Arbeitsberichten der Führer aus allen Städten Sachsen war zu entnehmen, daß trotz aller wirtschaftlicher Not die Arbeit des BDA nicht ins Stocken geraten ist, ja, daß gerade die deutsche Not auch unter der Jugend das Verständnis für die auslandsdeutsche Arbeit noch stärker geweckt habe. Zu der Tagung waren auch zahlreiche Jugendgruppen, darunter solche aus Betscharabien, Jugoslawien und Polen, nach Schellerhau gekommen.

* * * Wirtschaftliche Mietssenkung auf für Neubaumieteter vom Gewerbeamtshring gefordert. In einer längeren, ausführlich begründeten Eingabe wendete sich der Gewerbeamtshring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände an das Arbeitsministerium und das preußische Ministerium für Volkswirtschaft, um eine entsprechende Mietssenkung wie für die Inhaber von Altwohnungen durch die legte Notverordnung auch für Neubaumieteter zu erzielen, die durch die verordneten Gehalt- und Wohnraumbefreiungen ja mit gleicher Strenge getroffen werden wie jene. Vorgesetzten werden, da durch Heraufsetzung der Binsen für Neubaumietungen günstigstens nur eine sehr geringfügige Verbilligung erzielt werden kann, u. a. eine teilweise Herabsetzung oder Streichung der Vergütungs- und Tilgungsraten der Haushaltserwerbsvölkern und gänzlicher oberflächerl. Erlass der Grundvermögenssteuer. — Auch wird darauf hingewiesen, daß das Außerstraftreten des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes zu einem Zeitpunkt, an dem Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt noch keineswegs gesichert sind, für die Arbeitnehmer nur dann tragbar sein kann, wenn das angekündigte Sozialmietrecht tatsächlich eingeführt ist.

* * * Preisschüler und Preisverzeichnisse. Das Wirtschaftsministerium hat in den Städten den Giessgräben, im übrigen den Umtshauptmannschaften die Befugnisse im Sinne von Kap. IV der Verordnung über Preisabschüller und Preisverzeichnisse vom 17. 9. 31 übertragen. Sie haben im Einzelfalle die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

* * * Gegen die Ausschüttung der ungestellten Versicherung durch nebenberuflich Beschäftigte hatte der Gewerbeamtshring der Ungestellten ebenfalls mehrfach in Eingaben und Veröffentlichungen Stellung genommen. — Auch hier sind nunmehr durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers die größten Gefahren beseitigt worden dadurch, daß in Zukunft als geringfügig, keine Versicherungsschicht begründendes Entgelt für nebenberufliche Beschäftigung Monatsbeträge bis einschließlich 100 PfM. angesetzt werden.

* * * Volkstrauertag 1932. Der Ausschuß für die Festlegung eines Volkstrauertages hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, den Volkstrauertag in Deutschland und den deutschen Auslandsgemeinden zum Sonntag an die im Weltkrieg Gefallenen auch im Jahre 1932 am 5. Sonntag vor Ostern, „Reminißere“, also am 21. Februar, in gleicher Weise wie in den Vorjahren zu feiern. — In der Sitzung ist auch über die Absicht der preußischen Regierung, den Totensonntag für Preußen zum Volkstrauertag zu bestimmen, diskutiert worden. Es ist dabei nicht eine Stimme für den Totensonntag laut geworden. Sämtliche Vertreter sprachen sich einstimmig für den Sonntag Reminißere aus.

* * * Wann liegt stillschweigender Vertrag auf Tariflohn vor? In einem Urteil des Reichsarbeitsgerichts heißt es: „daß die Tarifabschluß-Instanz eine stillschweigende Erklärung des Vertrags auf tarifmäßige Bezahlung darin erbringt, daß der Arbeitnehmer jeweils das nicht dem Tarif entsprechende Gehalt angenommen hat, ohne der zuständigen Stelle gegenüber zu erklären, daß er Tariflohn beansprucht, so daß der Arbeitgeber aus den gesetzten Umständen nach Recht und Gewissen auf Tariflohn zu berufen ist.“

gehoben habe, tatsächlicher Klage und, wenn von einem ordentlichen Arbeitsgericht nicht beeinflußt, für das Arbeitsgericht bindend.“ — Das Reichsarbeitsgericht stellt damit fest, daß die Klage, ob durch stillschweigende Willenserklärung beider Partei ein Vertrag auf den Tariflohn zu handeln gehofft ist, eine reine Lärmage im einen Fall ist. Das Bandesarbeitsgericht hatte in diesem Falle den stillschweigenden Vertrag darüber erklärt, daß der Tariflohn entsprechende Gehalt angenommen hat, ohne der zuständigen Stelle gegenüber zu erklären, daß sie Tariflohn beansprucht. Das Bandesarbeitsgericht hatte darüber zu urteilen, ob die Klägerin unter wirtschaftlichem Druck stand, d. h. ob sie ihre Ansprüche nicht zu stellen wagte, weil sie sonst beklagen mußte, entlassen zu werden. Hierzu hat das Bandesarbeitsgericht erklärt, es habe selber Nachweis dafür, daß der Klägerin unter wirtschaftlichen Verhältnissen von Tariflohn gefordert worden wäre. Ebensoviel sei anzunehmen, daß die Klägerin eine Folge beklaget habe. Sie habe jede Erklärung der Klage, ob sie eine Entlastung drohe, unterlassen, einmal sogar selbst gefordert, ohne Ansprüche wegen Tariflohn zu stellen.

* * * Möhrau. Am 3. Januar 1932 fand im „Waldbüchlein“ Möhrau die 88. Hauptversammlung des Sächsischen Verbands Möhrau-Beuthain-Gromitz und Markt Hart. Der Vorsitzende, Herr Günther, gab einen Überblick des Vereins im Jahre 1931. Die Mitgliederzahl betrug im vergangenen Jahre 821 Mitglieder mit 482 Schweinen. Stattfinden haben 1 Halbjahrsversammlungen, 4 Vorstandssitzungen sowie 2 Beitragsversammlungen. Durch den Verein wurden 52 frische Schweine behandelt. In 16 Höfen wurde Rottschinken beansprucht. 12 Mitglieder wurden für verendete Schweine, 6 Mitglieder für verfaulte Teile entschädigt. Herr Franz Schneider, Beuthain, gab als dortiger Vertrauensmann Bericht über seine Tätigkeit. Der Rassierer, Herr Robert Kern, Möhrau, berichtete über den Rassenstein. Nach demselben betroffenen Personen waren 888,08 Pf. die Ausgaben 778,60 Pf. Mitverbündet ein Rassensteinbestand von 74,43 Pf. Die einzelnen Belege wurden den Mitgliedern bekannt gegeben. Als Rassenzüchter berichtete Herr Grabs, daß die Rasse nach in letzter Ordnung befindet und heißt den Antrag auf Entlastung; dem wurde einstimmig stattgegeben. Der Vorstand dankt Herrn Kern für seine mühsame Arbeit. Als Delegierter zu den Gesamtversammlungen in Riesa berichtet Herr Diegle. Auf Antrag des Gesamtvorstandes wird das Umfrageverfahren weiter beibehalten. 90 Prozent der Dresden Montags-Schlachtobstberichte werden als Entlastung gesahlt. In Steuern wurden pro Schwein 1.-Mark erhoben. Vom Beitrug des Vereins wird das diesjährige Impfen aus Vereinsmitteln bestreitet. Vom Beitrug der Verlängerung soll das diesjährige Impfen von Herrn Literarzt Gaspari ausgeführt werden.

* * * Beuthain-Lager. Es wird uns berichtet: Die Ortsgruppe Beuthain-Lager der NSDAP, hatte am 4. Jan. 1932 die Frauen zu einer Versammlung eingeladen. Diese Einladung wurde sehr viele gefolgt. Ein Sechzehn dafür, daß auch in diesem Jahr zu rotzen Lager die Frauen mit kämpfen wollen für das neue Reich, kämpfen wollen um die deutsche Volksfeuer. Trotz des schlechten Wetters waren auch Frauen aus Dorf Beuthain erschienen. Zu dieser Versammlung war als Rednerin Gräfin Selbmann, Dresden, gewonnen worden. Sie verstand es ganz ausgedehnt, die Säuberer durch die Themen: „Deutsche Frauen“ und „Deutsche Zukunft“. Die Nationalsozialistischen Frauenenschaften“ zu fesseln. Sie führte einen folgenden aus: Die deutsche Frau ist unbedenklich im kommenden dritten Reich. Nicht etwa, daß sie politisch eine Rolle spielen soll, nein, sie ist dazu berufen, den Mann, der im Kampfe steht, mit Liebe zu umgeben, daß er nach harter Arbeit im freien Raum seine Erholung findet. So sagte Bürker: Wenn ich von Hause gebe, bin ich betrübt, kehre ich zurück und sehe von fern meinen Lieblingsort, bin ich doch glücklich. Die Frau muß das deutsche Familienleben beginnen und pflegen. Die Erziehung der Kinder muß ihr am nächsten liegen. Sie muß das Edle und Gute dem Kind in die Seele legen, den Christenwollen, die Rätselhaftigkeit der Religion. Das ist die heilige Aufgabe der Frau, für das neue Deutschland ganz unumstößlich. Dem deutschen Familienleben stellt die Rednerin das jüdische Familienleben gegenüber. Die deutsche Kreis ist und muß unanständig bleiben. Der Jude betrachtet nur, wenn seine finanzielle Lage gut ist, oder er durch eine Heirat diese gut stellen oder verbessern kann. Dem jüdischen Kind wird schon früh der Begriff Geld und Gelbwidernisse gepredigt. Das verpestet die Seele des Kindes, und was man von einem Juden zu erwarten hat, das muß ja nun schon ein jeder Deutscher wissen. So erklagen wir auch im Weltkriege den jüdischen Schlägern. Der Jude hat gewußt, die deutschen Kirchen zerstört und den Glauben an Gott in der deutschen Volkssiedlung zerstört. Das ist die heilige Aufgabe der Frau, für das neue Deutschland ganz unumstößlich. Dem deutschen Familienleben stellt die Rednerin das jüdische Familienleben gegenüber. Die deutsche Kreis ist und muß unanständig bleiben. Der Jude betrachtet nur, wenn seine finanzielle Lage gut ist, oder er durch eine Heirat diese gut stellen oder verbessern kann. Dem jüdischen Kind wird schon früh der Begriff Geld und Gelbwidernisse gepredigt. Das verpestet die Seele des Kindes, und was man von einem Juden zu erwarten hat, das muß ja nun schon ein jeder Deutscher wissen. So erklagen wir auch im Weltkriege den jüdischen Schlägern. Die deutsche Frau, die deutschen Kirchen, der deutschen Religion. Deutsche Frauen, ihr seid die Träger des deutschen Familienlebens, der Religion. Um die deutschen Frauen lebhaft zusammenzubringen, wurden die nationalsozialistischen Frauenenschaften gegründet. Sie sollen das vorliegende Gefüge verwirklichen und die Gedanken unter den Frauen verbreiten und vertiefen. Große Aufgaben sind es, die die Frauen im breiten Reiche zu erfüllen haben. Die häusliche und wirtschaftliche, die geistige und kulturelle Erziehung der Kinder liegt ihr ob. Damit ist nicht gelöst, daß alle Mädchen nun wieder Schlägerinnen müssen, nein, auch im dritten Reich werden die Betreute für die Frau vorhanden sein. Jetzt gilt es, sich für die Männer im Kampfe zu sorgen, sie zu pflegen. Das müssen Nahrungsmitte, Bekleidungsmittel usw. herangeschafft werden für die Erwerbstätigen und die Arbeiter. Da den größeren Städten wird das Essen aufzuteilen und an die Gewerkschaften verteilt. So gibt es für die deutsche Frau genug Arbeit, wo sie viele damit erfreuen kann, und sie hat selbst Freude an dieser großen, segensreichen Arbeit, für das Deutschland, für das Christentum, für die Erziehung der deutschen Kinder im Sinne unseres Führers Adolf Hitler! Das macht die Frau wieder groß und stark für die Deutsche Nation! — Als die Rednerin geendet hatte, erfolgte die Bildung einer nationalsozialistischen Frauenchaft der Ortsgruppe Beuthain-Lager der NSDAP.

* * * Ohrau. Die Fahnen schwoll durch das plötzlich eingeschlagene Laubwerk und den anhaltenden Regen erheblich an, jedoch ist es nicht so schlimm, wie die vergangenen Jahre. Die Schläger an der Sächsischen Straße in Ohrau brauchen nicht gesogen zu werden.

* * * Großenhain. Hobes Mutter, Frau Anna verw. Thiele in Babilig, konnte am gestrigen Tage auf ein biblisches Alter Rückblick halten. Sie wurde am 5. Jan. 1846 in Waldbauersbrück geboren und vollendete somit ihr 87. Lebenstag. Frau Thiele ist die Schwiegermutter des Herrn Oberbaumeister Dehne in Babilig.

* * * Großenhain. Das Hochwochen der Bäder ist seit Montag noch wesentlich gestiegen, so daß jetzt der Betriebsumfang bis etwa zum Betriebsumfang der Stadt erhöht wurde. Aus diesem Grunde wurde in den betroffenen Betriebshofenwohnungen geräumt. Auch im Stadtbad, besonders im neuen Teil, besteht, sind weiße Gläser auf der Liegewiese grobenteils unter einem wirtschaftlichen Druck

Bericht. Obwohl vom Wittenberger Vogel ein Wallen des Anstiegen der Wassermaßen noch an, man kann jedoch Wasserstand gemeldet ist, dauerte hier am Orte das annehmen, daß der Höhepunkt der Überflutung erreicht ist, falls nicht wieder Regenfälle eintreten. — Die Zahl der Einwohner von Großenhain einschließlich des Ortsteiles Willitsch und der beiden Rittergäute Raudendorf und Bischleben belief sich Ende des Jahres 1981 auf 12.448. (Um Worte der Fortschreibung ermittelt.)

* **Brandenburger Land.** Am Montag früh wurde auf dem Fahnenbrücke in der Nähe der Gleisstraße die Leiche eines Mannes, der vor dem Auto hatte überfahren lassen, aufgefunden. Es handelt sich um einen 40 Jahre alten Beamten aus Köthenbrücke. Die Gründe des Geschehens sind unbekannt.

* **Dresden.** Brand in der Bandesversicherungsgesellschaft. Am Dienstag vormittag wurde im Altenmarkt der Landesversicherungsanstalt ein Brand gemeldet, der bereits eine Gasverzweigung ergreifen hatte. Das Feuer wurde bis zum Eintreffen der Feuerwehr von Angestellten der Bandesversicherungsgesellschaft mit dem vorhandenen kleinen Löschgerät bekämpft. Der entstandene Schaden ist unbedeutend. Einige Äste sind beschädigt worden.

* **Dresden.** tödlicher Tod am Spießtisch. An einem siebenen Tag wurde gestern nachmittag ein Rentner am Spießtisch tödlich vom Geschwür betroffen, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

* **Dresden.** Der Herr Kollege. In den letzten Tagen sprach ein Unbekannter bei mehreren Bahnbeamten und Männern vor, benannte sich als Kollege und bat um Gehaltserhöhungen, der er auf Weinen und annehmlich in Gehaltserhöhung sei. Nach den bisherigen Erkundigungen handelt es sich um einen Betrüger. Er steht in mittleren Jahren und spricht norddeutschen Dialekt.

* **Dresden.** 25-jähriges Ratssilberjubiläum. Zu Beginn des Jahres 1982 konnte Stadtrat Dr. jur. Krammiegel sein 25-jähriges Jubiläum als bestolzes Ratssilberjubiläum im Dienste der Stadt Dresden begehen.

* **Dresden.** Totessopfer des Mattoles. Am Sonntag morgen kürzte infolge des Wartetisches der auf der Bismarckstraße wohnende Rautmann Zwicker so unglücklich, daß er jetzt den Soden des Sterbes erlief.

* **Freital.** tödlicher Verkehrsunfall. In einem Schmelzwerk der Görlitzer Guptahlwerke A. G. Döbeln vergangliche Montag der 40 Jahre alte verheiratete Bauer Schwarzbach tödlich bei Dichtungsarbeiten an einer Waschmaschine, wobei er wahrscheinlich giftigen Gasen zum Hause gefallen ist. Die sofort eingeleiteten Rettungsversuche waren erfolglos.

* **Freital.** Die Stadt Freital unterstellt mehr Erwerbslose als das Arbeitsamt! Am 31. Dezember 1981 wurden in der Stadt Freital vom Arbeitsamt Freital in der Arbeitslosenversicherung 1250 Parteien und in der Erwerbsförderung 1370 Parteien, insgesamt 2620 unterstellt. Demgegenüber mußte die Stadt Freital am gleichen Tage 2966 Parteien Wohlfahrtsverschöpfen betreuen. Außerdem muß sie zur Erwerbsförderung 20 Prozent beisteuern. Die gemeindliche Erwerbsförderung hat damit das Arbeitsamt um 338 Parteien überflügelt. In den nächsten Wochen wird sich das Verhältnis noch weiter zugunsten der Stadt Freital verschieben. Diese Zahlen zeigen deutlich die Bedeutung der Förderung des Deutschen Städtebundes nach einer einheitlichen Reichsarbeitsförderung.

* **Heidenau.** Sieben Röster voll Waren gestohlen. In einem bissigen Warenhaus waren während der Nacht Diebe an der Arbeit, die durch einen Raubüberfall in das Gebäude eindrangen. Sie entnahmen dem Lager neben großer Röster, in die sie alle möglichen und erreichbaren Waren verpackten. Zum Abtransport ihrer Beute müssen sie sich eines Färbeganges bedient haben; bisher fehlt noch jede Spur von den Tätern.

* **Dippoldiswalde.** tödliche Fünfmarkstunde. Am Sonnabend nachmittag sind hier zwei junge Burschen aufgetreten, die in Geschäften Kleingüter einkauften, fällige Fünfmarkstücke in Zahlung gaben und sich den Rest herausgeben ließen. Einer der beiden stand jeweils vor den Geschäften Schniere, während der andere die Läden betrat und das Färbegel an den Mann zu bringen suchte. Soweit festgestellt werden konnte, ist der Bursche in 18 Fällen ihr Vorhaben gelungen. In einigen Fällen blieb es beim Versuch, da die Geldstücke den Bubenbegierern verdächtig vorkamen. Die Burschen konnten noch nicht gefasst werden.

* **Bischofswerda.** Ungebetene Gäste werden abgeschoben. Ein Zug von etwa 25 Siedlern, die auf fünf der bekannten Wagen das Land durchkreuzt hatten, kam am Montag durch Bischofswerda, befand sich aber in die Einwohner sehr beweglicher Begleitung: Säderarmen saßen auf die berüchtigten Bettler und Dampfinger auf, so daß sie ihrem üblichen „Gewerbe“ nicht nachgehen konnten. Sie werden über die Grenze hin abgeschoben werden.

* **Leipzig.** Unregelmäßigkeiten bei einer ländlichen Gemeinde-Girokasse. Die Unregelmäßigkeiten bei der Girokasse der Gemeinde Oetmannsdorf bei Zwönitz I./Sa., die auch ein Strafverfahren gegen den Kassierer Kunig zur Folge hatten, beschäftigen jetzt das Reichsgericht. Kunig war am 18. August v. 18. vom Oberlandesgericht Zwönitz wegen Beihilfe zur Untreue zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er in seiner Eigenschaft als Kassierer der Girokasse durch allerlei Falschbuchungen die kastabare

Samuel Buhendorf.

Sur Wiederkehr des 800. Geburtstages des großen Sachsen am 8. Januar.

Bon Vœux des Götz.

Im ganzen Sachsenlande plant man Anfang Januar Geburtstage für Samuel Buhendorf, dessen Geburtstag sich am 8. Januar 1882 zum 800. Male jährt: in Döbeln, wo er seine Kindheit verlebte, in Grimma, wo er die Büchenschule besuchte und letzten Endes hat die gesamte deutsche Bürgerschaft an diesem Tage Veranlassung, des großen Sachsen dankbar zu geben, der der Redewissenschaft neue Bahnen wies, der der Hauptbegründer ward des Rethorik- und Pöllerreden und schon damals in seinen zahlreichen s. z. noch heute wertvollen Schriften Gedankengänge über eine Beschaffung des deutschen Vaterlandes entwidmete, die dann zum Teil durch Stein und Bismarck verwirklicht wurden.

Samuel Buhendorf entstammte einer alten Theologenfamilie des Weißerndorfer Landes. Sein Großvater war Pfarrer in Groß-Obersdorf, sein Vater Pfarrer in Döbeln, wo man den „heilbentenden Geist“ jedoch nicht recht mochte, weshalb er 1834 als Pfarrer nach Südsachsen ging. Von seinen Brüdern wurde der älteste, Jeremias, Nachfolger des Vaters in Südsachsen, der zweite, Elias, trat in königliche Dienste und starb, von König Karl XII. geachtet als königlicher Gelehrter in Regensburg. Sein jüngster Bruder, Johannes, war Sekretär an der schwedischen Gesandtschaft zu Paris.

Samuel Buhendorf wurde am 8. Januar 1832 in Döbeln geboren und kam schon als zweijähriger mit den Eltern nach Südsachsen. Umwelt von dem starken Gefühl des lutherischen Pfarrhauses wurde er in der ländlichen Stille, durch die freilich immer wieder die durchdringenden Schreien des 80-jährigen Kriegers getrieben, zu einem ferngefundenen, lebhaften und trostlosen Kindern heran, in dessen Seele sich nie die erziehenden Strengregeln einzudringen. Mit

Handlungen seines Bürgermeisters Sch. wesentlich unterdrückte. Die Manipulationen des Bürgermeisters wären, so lange das Schöpfgericht unabhängig gewesen, wenn Kunis sich gewünscht hätte, die Urteile verhindern können sollten zu untersetzen. Dieser Aufschwung ist auch das Schöpfgericht belastet, denn es hat die Sprungregelung des Urteils als unbedeutend verworfen.

* **Wittenberg.** Handels-Hochschule. Die Privatdozenten Dr. Paul Oppitz und Dr. Karl Thalheim sind unter Beschuldigung durch das Sächsische Ministerium für Bildung zu nichtplanmäßigen außerordentlichen Professoren ernannt worden.

* **Wittenberg.** Gedenkfeier am 1. Januar. Der 80-jährige Bauernhof im Altenmarkt der Landesversicherungsanstalt ein Brand demerte, der bereits eine Gasverzweigung ergreifen hatte. Das Feuer wurde bis zum Eintreffen der Feuerwehr von Angestellten der Landesversicherungsanstalt mit dem vorhandenen kleinen Löschgerät bekämpft. Der entstandene Schaden ist unbedeutend. Einige Äste sind beschädigt worden.

* **Dresden.** Brand in der Bandesversicherungsgesellschaft. Am Dienstag vormittag wurde im Altenmarkt der Landesversicherungsanstalt ein Brand demerte, der bereits eine Gasverzweigung ergreifen hatte. Das Feuer wurde bis zum Eintreffen der Feuerwehr von Angestellten der Landesversicherungsanstalt mit dem vorhandenen kleinen Löschgerät bekämpft. Der entstandene Schaden ist unbedeutend. Einige Äste sind beschädigt worden.

* **Dresden.** Brand in der Bandesversicherungsgesellschaft. Am Dienstag vormittag wurde im Altenmarkt der Landesversicherungsanstalt ein Brand demerte, der bereits eine Gasverzweigung ergreifen hatte. Das Feuer wurde bis zum Eintreffen der Feuerwehr von Angestellten der Landesversicherungsanstalt mit dem vorhandenen kleinen Löschgerät bekämpft. Der entstandene Schaden ist unbedeutend. Einige Äste sind beschädigt worden.

* **Dresden.** Der Herr Kollege. In den letzten Tagen sprach ein Unbekannter bei mehreren Bahnbeamten und Männern vor, benannte sich als Kollege und bat um Gehaltserhöhungen, der er auf Weinen und annehmlich in Gehaltserhöhung sei. Nach den bisherigen Erkundigungen handelt es sich um einen Betrüger. Er steht in mittleren Jahren und spricht norddeutschen Dialekt.

* **Dresden.** 25-jähriges Ratssilberjubiläum. Zu Beginn des Jahres 1982 konnte Stadtrat Dr. jur. Krammiegel sein 25-jähriges Jubiläum als bestolzes Ratssilberjubiläum im Dienste der Stadt Dresden begehen.

* **Dresden.** Totessopfer des Mattoles. Am Sonntag morgen kürzte infolge des Wartetisches der auf der Bismarckstraße wohnende Rautmann Zwicker so unglücklich, daß er jetzt den Soden des Sterbes erlief.

* **Freital.** tödlicher Verkehrsunfall. In einem Schmelzwerk der Görlitzer Guptahlwerke A. G. Döbeln vergangliche Montag der 40 Jahre alte verheiratete Bauer Schwarzbach tödlich bei Dichtungsarbeiten an einer Waschmaschine, wobei er wahrscheinlich giftigen Gasen zum Hause gefallen ist. Die sofort eingeleiteten Rettungsversuche waren erfolglos.

* **Freital.** Die Stadt Freital unterstellt mehr Erwerbslose als das Arbeitsamt! Am 31. Dezember 1981 wurden in der Stadt Freital vom Arbeitsamt Freital in der Arbeitslosenversicherung 1250 Parteien und in der Erwerbsförderung 1370 Parteien, insgesamt 2620 unterstellt. Demgegenüber mußte die Stadt Freital am gleichen Tage 2966 Parteien Wohlfahrtsverschöpfen betreuen. Außerdem muß sie zur Erwerbsförderung 20 Prozent beisteuern. Die gemeindliche Erwerbsförderung hat damit das Arbeitsamt um 338 Parteien überflügelt. In den nächsten Wochen wird sich das Verhältnis noch weiter zugunsten der Stadt Freital verschieben. Diese Zahlen zeigen deutlich die Bedeutung der Förderung des Deutschen Städtebundes nach einer einheitlichen Reichsarbeitsförderung.

* **Heidenau.** Sieben Röster voll Waren gestohlen. In einem bissigen Warenhaus waren während der Nacht Diebe an der Arbeit, die durch einen Raubüberfall in das Gebäude eindrangen. Sie entnahmen dem Lager neben großer Röster, in die sie alle möglichen und erreichbaren Waren verpackten. Zum Abtransport ihrer Beute müssen sie sich eines Färbeganges bedient haben; bisher fehlt noch jede Spur von den Tätern.

* **Dippoldiswalde.** tödliche Fünfmarkstunde. Am Sonnabend nachmittag sind hier zwei junge Burschen aufgetreten, die in Geschäften Kleingüter einkauften, fällige Fünfmarkstücke in Zahlung gaben und sich den Rest herausgeben ließen. Einer der beiden stand jeweils vor den Geschäften Schniere, während der andere die Läden betrat und das Färbegel an den Mann zu bringen suchte. Soweit festgestellt werden konnte, ist der Bursche in 18 Fällen ihr Vorhaben gelungen. In einigen Fällen blieb es beim Versuch, da die Geldstücke den Bubenbegierern verdächtig vorkamen. Die Burschen konnten noch nicht gefasst werden.

* **Bischofswerda.** Ungebetene Gäste werden abgeschoben. Ein Zug von etwa 25 Siedlern, die auf fünf der bekannten Wagen das Land durchkreuzt hatten, kam am Montag durch Bischofswerda, befand sich aber in die Einwohner sehr beweglicher Begleitung: Säderarmen saßen auf die berüchtigten Bettler und Dampfinger auf, so daß sie ihrem üblichen „Gewerbe“ nicht nachgehen konnten. Sie werden über die Grenze hin abgeschoben werden.

* **Leipzig.** Unregelmäßigkeiten bei einer ländlichen Gemeinde-Girokasse. Die Unregelmäßigkeiten bei der Girokasse der Gemeinde Oetmannsdorf bei Zwönitz I./Sa., die auch ein Strafverfahren gegen den Kassierer Kunig zur Folge hatten, beschäftigen jetzt das Reichsgericht. Kunig war am 18. August v. 18. vom Oberlandesgericht Zwönitz wegen Beihilfe zur Untreue zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er in seiner Eigenschaft als Kassierer der Girokasse durch allerlei Falschbuchungen die kastabare

Nähe der Stelle wohnhaften Einwohner sein Krautring abhanden gekommen. Kunis wurde der Ring im Kirchturm unterhalb der Uhr gefunden. Man nimmt an, daß der Ring von sogenannten Turmhütern, die seinerzeit in dem Turm wohnten, gekohlt und an den Fundort gebracht worden ist.

* **Wittenberg.** 80-jähriges Sparfestsjubiläum. Der Aufwertungstag der Gemeinschaftsparzelle Wittenberg vom Kreisamt mit 80 v. d. S. festgestellt und in dieser Höhe vom Konsistorium genehmigt worden.

* **Trautenau.** Meisterstreit in den Weinbergen. In den Weinbergen von Trautenau ist es zwischen den Weinbergen und den Weingätern zu Differenzen gekommen. Die Weingäter (Stuhlbörster) sind nach dem geltenden Rahmenvertrag nicht Beamte. Sie wollen nun diese Qualifikation ebenfalls erreichen, damit ihnen die Ausbildungskosten des Handelsgehilfengesetzes zuerkannt werde. Die Arbeitgeber befinden dagegen auf dem alten Vertrag, weil sie nicht alle Meister als Beamte anerkennen wollen, sondern nur diejenigen, die höhere Dienste leisten. Um die Angelegenheit zu klären, wurden alle Meister zum Jahresabschluß gefeuigt, ihnen aber mitgeteilt, daß das Dienstverhältnis zu den alten Bedingungen fortgesetzt werden kann. Dies lehnten die Meister solidarisch ab und verlangten die Entlassungserklärungen. Der weitere Verlauf der Weingäter ist dadurch vorläufig nicht gefährdet, zumal ohnehin eingeschränkt gearbeitet wird.

* **Mühland.** Tod im Dienst. In der Montagnacht ereignete sich auf dem Bahnhof ein schwerer Unfall, bei dem der Lokomotivführer Lindner aus Nalbenberg zum Opfer fiel. Lindner, ein Mann von 57 Jahren, war als Zugführer mit einem Dampflokomotiv von Halle zum Güterbahnhof unterwegs. Auf dem Bahnhof Mühlberg hatte er sich während eines Aufenthalts von seinem Zug entfernt, um einige andre Güterwagen auf ihre Reise zu stellen. Bei der Rückfahrt zu seiner Lokomotive mukte er ein Rutschengelenk überstreichen, auf dem gerade ein Güterzug stand. Als er durch eine Quälde des Güterzuges hindurchschlängeln wollte, brachte eine anlaufende Wagengruppe die Seite des Güterzuges an. Lindner geriet dabei mit dem Kopf zwischen die Wagen. Er wurde völlig zerquetscht tot aufgefunden.

* **Halle.** 80-jähriges Sparfestsjubiläum. Bei einem Einbruch in einem Schreiberladen am Mariawinger erbeuteten die Diebe für nicht weniger als 7000 Mark Stoffe aller Art. Die Täter müssten zum Abtransport des gestohlenen Gutes ein Auto benutzt haben.

* **Görlitz.** Kinokarten ohne Steuertempel. Dieser Tag wurde der Ortspolizeibehörde mitgeteilt, daß im Capitol-Kino in der Berliner Straße Eintrittskarten ohne Steuertempel zur Ausgabe gelangen. Vollständig wurde festgestellt, daß im Kino 72.000 Karten ohne den erforderlichen Steuertempel vorhanden waren, von denen bereits 2.883 verkauft worden sind.

* **Görlitz.** Falsche Dreimarkstücke. Am 1. und 2. d. W. wurden in beiden Verkaufshallen je ein falsches Dreimarkstück in Zahlung gegeben. Die Falschglocke und ähnl. mangelhaft nachgebildet und als solche ohne weiteres kenntlich. Nach den Personen, die das Falschgeld verausgabt haben, wird gesucht.

Keine Hoffnung auf Rettung der verunglückten Beuthener Bergleute

Beuthen, 6. Januar. Die Bergbehörde gab gestern spät abends folgenden amtlichen Bericht über das Einsturzglück auf der Zeche Karls-Centrum aus:

Die Rettungsarbeiten sind weiter im Gange. Es wurde festgestellt, daß die Straßenbahnlinie, in denen die verschütteten Bergleute waren, vollkommen zusammengebrochen sind. Die Aufräumarbeiten werden sich voraussichtlich noch mehrere Tage hinziehen. Es steht fest, daß keiner der Bergleute mehr am Leben ist. Der Unfallauslöser der Gewerkschaftscommission trifft am Mittwoch, dem 6. Januar, auf der Grube zusammen.

Unfall des D-Zuges Berlin—Köln.

* **Cölln.** Wegen Arbeitslosigkeit den Tod geführt. Am Montag nachmittag warf sich zwischen Bettig und Möckel ein 20 Jahre alter arbeitsloser Maurer aus Bettig in selbstmörderischer Weise vor die Lokomotive eines Güterzuges. Der Mann wurde schwer verletzt. Ein seinem Aufkommen wird gesworen. Der Heizer der Dampflok und leicht verletzt. Der Fahrer der Dampflok und leicht verletzt. Der Sachschaden ist gering. Der D-Zug konnte nach 63 Minuten Verzögerung seine Fahrt mit einer Stromschiene fortführen. Die Untersuchung über die Schuldfrage ist eingeleitet.

* **Kreuz.** Beute.

* **Cölln.** Ein Mann mit Frau — ohne Kinder — ist von der Sabotage der Mietpinstuerke betroffen, sobald der Bruttoverschluß beide Ehegatten zusammen monatlich nicht über 123.81 RM. beträgt.

1686 wurde er Prof. Stat und Historiograph zu Stockholm. Als junger Sohn schrieb er eine Geschichte Schwedens unter Gustav Adolf in 26 Büchern, in denen er sich jedoch als überraschend parteilich erweist. 1688 wurde er als Churbrandenburgischer Geheimer Hofrat nach Berlin gerufen, wurde Kammergerichtsrat und vom König von Schweden in den Reichsstand erhoben. Hier in Berlin entstand seine Geschichte vom Leben des Großen Kurfürsten in lateinischer Sprache. Eine Zeit fruchtbare Tätigkeit als Geschichtsschreiber und Lehrer folgte, in der er auch mit seinen Kindern der Religionseinbildung verbündeten Freunden stattfand. Aber sie sollte nicht von langer Dauer sein. Von Karl XI. eingeladen, reiste er 1694 mit seiner Frau nach Schweden. In Stockholm übernahm ihn ein Schlaganfall. Eine Fußverletzung machte eine schwere Operation erforderlich. Aber bald stellte sich erneut heftiger Schmerz ein, daß ihn am 5. November 1694 dahinsetzte. In der Nikolaikirche zu Berlin wurde er beigesetzt. Sachsen hat allen Grund, mit Stolz und Dankbarkeit dieses großen Sohnes zu gedenken. Er hatte es als erster gewagt, vollkommene Freiheit von jeder übernatürlichen Offenbarung für Wissenschaft und Forschung zu fordern. Er hatte den damals aufsehenerregenden „Clementia jurisprudentia universalis“ verfasst und wurde 1681 zu Helmberg bei Erfurt Professor. Hier schrieb er auch unter dem Namen Seckerini von Wismar das heute noch wertvolle Buch „de statu et rebus publicis germanicis“ in der der rottenschwande Welt schon die Grundzüge der späteren deutschen Verfassung niedergeschrieben hat. 1690 wurde er als Professor an die neue Universität zu Königsberg berufen und verfaßte hier seine gründliche Darstellung des Natur- und Völkerrechts und das „Compendium de omni domini et civili“, durch die er zahlreiche wissenschaftliche Räume und den damals so üblichen Musterstaat von exzellenten Streitkriechen verwidert wurde. Ja ein neidischer Professor ließ ihn sogar mit dem Mordekt verfolgen.

Hundert Jahre Gustav-Adolf-Verein.

Im Jahre 1932 hat der in Leipzig 1832 gegründete Gustav-Adolf-Verein 100 Jahre seine Vielesarbeit an den evangelischen Glaubensbrüdern im In- und Auslande geleistet. Viele Millionen Taler und Mark sind von Leipzig und von den Hauptvereinen des Vereins in diesem Zeitraum in die Diaspora hinausgegangen, um Kirchen und Schulen zu bauen, Pfarrer und Lehrer zu belieben. Keme, Krante und Glende in evangelischer Fürsorge zu betreuen und überall mit warmherziger Bruderlichkeit das drückende Gefühl der Vereinsamung und des Verlassenseins zu überwinden helfen. Auch in schwerster Zeit wird man auf die geleistete 100-jährige Arbeit zurückblicken dürfen: nicht mit einem lauten Jubelfest soll der Erinnerungstag begangen werden, sondern mit einer trog allem zufriedenen Gedächtnisfeier im Rahmen einer Hauptversammlung des gesamten Gustav-Adolf-Vereins.

Aber das ganze Jahr 1932 soll vom Gustav-Adolf-Verein als ein besonders arbeitsreiches und pflichtfülltes begangen werden. Als ein erster feierlicher Auftakt ist die Feierstunde am 16. Januar 1932 in der St. Marienkirche in Leipzig abends 8 Uhr anzusehen. Hier wird der langjährige Vorsitzende des Zentralvorstandes des evangelischen Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung, Geb. Rat Prof. Dr. H. Rendtorff in Leipzig die Versammlung begrüßen und zu einer im Hinblick auf die wachsende Not gefreigten Arbeit am Werk auffordern. Sodann wird die eben vollendete Chorallatare von Professor Dr. Dr. Arnold W. Böckelmann (Darmstadt) "Vergiss nicht, du Süßlein mein" durch War Beck und den Matthäuschor zur Uraufführung gebracht werden. Schließlich wird Gen. Sup. D. P. Blau-Woien, Mitglied des Zentralvorstandes der Gustav-Adolf-Stiftung, der Führer der evangelisch-unierten Kirche in Polen (d. h. in Polen und Westpreußen) über die evangelische Not im abgetrennten Osten berichten. Diese Feierstunde, die bei freiem Eintritt mancherlei Einblick in die Arbeit des Gustav-Adolf-Vereins gewährt, wird wohl auch von Nicht-Leipzigern gern besucht werden.

Aus den Nachbarstaaten.

Haussuchungen bei Geraer Kommunisten

Gera. Am südlichen Stadttor von Gera nahm die Polizei Haussuchungen in Räumen vor, die Mitgliedern der kommunistischen Partei zugänglich sind. Die Ermittlungen ergaben den Fund von verbotenen Schriften, Sprengmunition und einigen Waffen. Der Verwalter der Räume, ein kommunistischer Funktionär, wurde als der Verantwortliche wegen Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat dem Gericht zugeführt.

Amfliches

Donnerstag, den 7. Januar 1932, vormittags 11 Uhr fanden in Weida (Sammelort Restaurant Börse) 10 Stück Revolverdrehbüchsen, hierauf mittags 12 Uhr in Gröba (Sammelort Restaurant Böhme) 4 Kubimeter Not- und Weißbuche, Gieße und Ahorn versteckt werden.

Riesa, am 6. Januar 1932.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Verbilligung von Kohle für die hilfsbedürftige Bevölkerung in Riesa.

Die Reichsregierung stellt Mittel zur Verfügung, durch die der hilfsbedürftigen Bevölkerung für die Monate Januar bis März der Bezug von Kohle zu verbilligten Preisen ermöglicht werden soll.

1. Die Verbilligung erfolgt auf Grund eines von der Reichsregierung herausgegebenen Belegscheins, der nicht übertragbar ist.

2. Empfangsberechtigt sind:

- a) die Hauptunterhaltungsempfänger der Arbeitslosenversicherung,
- b) die Hauptunterhaltungsempfänger der Krisenfürsorge,
- c) a und b: soweit Familienzuschläge gezahlt werden,
- d) die von der öffentlichen Fürsorge laufend als Hauptunterhalte in offener Fürsorge untertätigten Personen,
- e) Empfänger von Ruhaprente nach dem RVG, soweit sie ausschließlich auf Rente und Ruhaprente nach dem RVG angewiesen sind,
- f) c und d: soweit sie einen eigenen Haushalt führen.

Die Empfänger von Kurarbeiterunterstützung können an der Verbilligung nicht teilnehmen.

3. Bezugsstellen für die verbilligte Kohle sind alle dem Kohlenhändlerverein angehörenden Kohlenhändler der Stadt Riesa sowie der Bezirks-Konsum- und Sparverein Riesa.

Die Verkaufsstellen, die bereit sind, den Bezugsschein in Bezahlung zu nehmen, sind durch Aufhangung kennlich zu machen.

4. Jeder Berechtigte kann monatlich 2 Rentnerverbilligte Kohle erhalten. Der verbilligte Preis muss 30 Pf. unter dem Tagessatz oder, sofern für Unterhaltungsempfänger bereits Preisverbilligungen erzielt sind, 30 Pf. unter diesem Preise liegen.

Der verbilligte Preis auf Grund der von der Stadt Riesa bereits ausgegebenen Abnahmescheine, der bisher 1 RM. und 1.10 RM. betrug, ist auf 90 RM. und 1 RM. erhöht worden. Hierauf ist noch jeder Abschnitt des Reichsabgabeschwinds mit 30 Pf. in Bezahlung zu nehmen.

5. Die Reichsabgabeschwände werden durch das Arbeitsamt und das Wohlfahrtsamt im Laufe dieser Woche ausgegeben.

6. Der Kohlenverkäufer hat für jeden zum verbilligten Preis gelieferten Rentner Kohlen einen Abschnitt des Belegscheins abzutrennen und durch seinen Firmensiegel und Datum zu entwerten. Die gesammelten Abschnitte sind monatlich bis zum 5. des nächsten Monats an die Stadtverwaltung abzuliefern, von der der entsprechende Betrag vergütet wird. Nach dem Verfallstage abgelieferte Abschnitte können nicht mehr beglichen werden.

Riesa, am 6. Januar 1932.

Der Rat der Stadt Riesa.

— Wohlfahrts- und Jugendamt —

Freibank Nickritz.

Wagen Donnerstag ab 9 Uhr Wandschauverkauf.

Freibank Heyda.

Donnerstag, den 7. Januar, mittags 12 Uhr
Wandschauverkauf. Wagen 40 W.

Jüdische Blätter

Leitmeritz. In der Gemeinde Martinoe wurde eine gräßliche Blutnot entdeckt. Gegen 10 Uhr abends stand das Häuschen des 46 Jahre alten Bauern Wengel komplett in Flammen. Die Feuerwehr drang in das brennende Haus ein und fand die 42 Jahre alte Frau Sanda mit zertrümmertem Schädel auf dem Boden der Küche liegend tot auf. Neben der Leiche lag ebenfalls mit zertrümmertem Kopf der neunjährige Sohn Wenzel, während sich im Nebenzimmer die dreizehnjährige Tochter Anna mit schwerem Schädelverletzungen befand. Raum waren die Leichen wie die Schwerverletzten aus dem Haus gebracht, brachte der Nachthilf zu sammen. Der Bauer Sanda wurde verhaftet. Gestet jedoch die Tat.



Es gibt tausenderlei Dinge

die Sie durch eine kleine Anzeige in dem Riesaer Tageblatt kaufen oder verkaufen, mieten oder tauschen können. Die kleine Anzeige ist deshalb das universelle Hilfsmittel beim Kauf oder Verkauf irgendeines Gegenstands. Wer sie nutzt, spart viel Mühe, Zeit und Geld.

Streitversuche im Döhlener Kohlenrevier

Döhlitz, 6. Januar.

Im Lügen-Döhlitzer Kohlenrevier wurden von kommunalistischer Seite Flugblätter verbreitet, in denen die RGO zum Streit aufforderte. Die Polizei konnte bisher die Versteller des Flugblattes noch nicht ermitteln. Wie verlautet, wird der Streit von der Mehrheit der Bergarbeiter abgelehnt.

Widerruf.

Goldene Damenuhr nicht im Saloon Blaube verworfen. Schloßkt. gefunden.

Kleiner Laden ges.

Preisangeb. Müller, Waldheim, Döhlitzer, 41, 2. r.

Laden

mittl. Lage, mögl. Hauptstr., zu mieten, es sucht. Öff. unt. D. 1701 an das Tageblatt Riesa.

Vereinsnachrichten

D. O. B. Monatsversammlung am Freitag, den 8. 1. 32, fällt wegen Vortrag Dr. Bang aus.

Nächste Freitag, 15. 1. 32, Sädl. Hof. Briefmarkenamlerverein, Donnerstag, 20 Uhr, in Goldenen Löwen Weißn.-Börse, Gäste willk. Kunstvereinigung Riesa, Morgen Donnerstag, 20 Uhr, Monatsversammlung, Deutsches Haus.

Mil. Ver. Art. Fab. Bau. u. Train. Donnerstag, d. 14. 1., Hauptversammlung bei Höpfler. Villa. Eröff. erwünscht. Tagessatz, in der Ver-

Große öffentliche Versammlung

Donnerstag, den 7. Januar 1932, 20 Uhr, spricht in der Elbterrassse Riesa

Dr. rer. pol. Seidel - Leipzig

Über:
Sparerkampf gegen neue Entreditung — Wie erhalten wir unser Spargeld u. Vermögen wertbeständig

Die Einwohnerschaft von Riesa und Umgegend wird hiermit herzlich eingeladen. Keiner versäume diesen wichtigen Aufklärungsvortrag.

Sparerbund, Ortsgruppe Riesa (Landesverband Sachsen)

Schlafstelle frei.

Zu erst. im Tagebl. Riesa.

Hei. mögl. Zimmer

mit Telefon per sofort angeschafft. Öffentl. unt. 8. 1932 an das Tageblatt Riesa. Kinderl. Überhaar, festbeif. sucht sonnige

3—4-Zimm.-Wohn.

Off. u. E. 1702 a. Tabl. Riesa.

Mädchen, 18Jhr. weiblich in best. Hauss.

tätig war, sucht Stellung.

Zu erst. im Tagebl. Riesa.

Suche für meinen Sohn,

welcher Oktober 1932 die

Schule verlässt, Behörde

als Koch oder Kellner.

Zu erst. im Tagebl. Riesa.

Dauerstellung

erhält Herr oder Dame

mit 3—500 M. evtl. auch

Übernahme einer Fleisch- und

Wurstküche. Off. unt.

E. 1700 a. d. Tagebl. Riesa.

Mädchen, 18Jhr. weiblich in best. Hauss.

tätig war, sucht Stellung.

Zu erst. im Tagebl. Riesa.

Suche für meinen Sohn,

welcher Oktober 1932 die

Schule verlässt, Behörde

als Koch oder Kellner.

Zu erst. im Tagebl. Riesa.

Dauerstellung

erhält Herr oder Dame

mit 3—500 M. evtl. auch

Übernahme einer Fleisch- und

Wurstküche. Off. unt.

E. 1700 a. d. Tagebl. Riesa.

Mädchen, 18Jhr. weiblich in best. Hauss.

tätig war, sucht Stellung.

Zu erst. im Tagebl. Riesa.

Dauerstellung

erhält Herr oder Dame

mit 3—500 M. evtl. auch

Übernahme einer Fleisch- und

Wurstküche. Off. unt.

E. 1700 a. d. Tagebl. Riesa.

Mädchen, 18Jhr. weiblich in best. Hauss.

tätig war, sucht Stellung.

Zu erst. im Tagebl. Riesa.

Dauerstellung

erhält Herr oder Dame

mit 3—500 M. evtl. auch

Übernahme einer Fleisch- und

Wurstküche. Off. unt.

E. 1700 a. d. Tagebl. Riesa.

Mädchen, 18Jhr. weiblich in best. Hauss.

tätig war, sucht Stellung.

Zu erst. im Tagebl. Riesa.

Dauerstellung

erhält Herr oder Dame

mit 3—500 M. evtl. auch

Übernahme einer Fleisch- und

Wurstküche. Off. unt.

E. 1700 a. d. Tagebl. Riesa.

Mädchen, 18Jhr. weiblich in best. Hauss.

tätig war, sucht Stellung.

Zu erst. im Tagebl. Riesa.

Dauerstellung

erhält Herr oder Dame

mit 3—500 M. evtl. auch

Übernahme einer Fleisch- und

Wurstküche. Off. unt.

E. 1700 a. d. Tagebl. Riesa.

Mädchen, 18Jhr. weiblich in best. Hauss.

tätig war, sucht Stellung.

Zu erst. im Tagebl. Riesa.

Dauerstellung

erhält Herr oder Dame

mit 3—500 M. evtl. auch

Übernahme einer Fleisch- und

Wurstküche. Off. unt.

Reichsreform auf dem Wasserwege?

Der Streit um die Wasserstraßenverwaltung.

Gestern, am 5. Januar, haben sich die Vertreter des Reichs und der Länder zusammengefunden, um mit den Verhandlungen über die endgültige Regelung des Übergangs der Wasserstraßen in die Verwaltung des Reichs zu beginnen. Nachdem für das Reich das Reichsverkehrsministerium den im Jahre 1921 abgeschlossenen „Staatsvertrag betreffend den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich“ kurz vor Ende 1931 zum 1. April 1932 gefestigt hat, das sich allabald über die damit aufgeworfenen Probleme ein Streit zwischen den fraglichen Ländern und dem Reich entfacht, der weit über die Grenzen des zur Diskussion stehenden Problems grundlegende Bedeutung erlangt hat.

Daher daß das Reich jenen Staatsvertrag, der sich selbst nur als eine vorläufige und nicht vollständige Regelung bezeichnete, gefestigt hat, ist die Notwendigkeit gegeben, die grundsätzliche Bestimmung der Weimarer Verfassung über die Übernahme der dem allgemeinen Verkehr dienenden Wasserstraßen bis zum 1. April 1932 zur Durchführung zu bringen. Es muß nun also ein Zustand konsolidiert werden, der reichlich zehn Jahre hindurch ge dauert hat und gegen bessere Abänderungen festmal, wenn solche vom Reich verlustig würden, von den Ländern genau die gleichen Einwände erhoben würden wie jetzt.

Ein anderer Grundton allerdings schwingt diesmal durch diese Proteste, der hinweis darauf nämlich, daß das Vorzeichen des Reichs auf der Linie der Reichsreform liege. Maßnahmen, die einer wahren und zweckmäßigen Reichsreform oder auch nur Teilmaßnahmen aus ihr, dienen könnten, wären nun gewiß niemals notwendiger gewesen, als eben jetzt. Es ist also zunächst notwendig, zu untersuchen, ob die Abneigung der protestierenden Länder gegen das Vorhaben des Reichs vortäuschen kann. Starckmann entspringt oder ob sie sachlich einwandfreie Grundlagen hat.

Kein theoretisch wäre natürlich für das gesamte deutsche Binnenwasserstraßen-System eine reichseigene und damit auch reichseinheitliche Verwaltung vorauszusehen. Praktisch aber gilt es die Frage zu lösen, wie am rationellsten und am zweckmäßigsten das bestehende Verwaltungssystem mit dem theoretisch wünschbaren in Einklang zu bringen ist. Dies tatsächlich bestehende System wird repräsentiert durch ein halbes Hundert mittlere und anderthalb Hundert, genau 166, lokale Behörden, die zum größeren Teil Träger der Auftragsverwaltung durch das Reich sind. Das Reichsverkehrsministerium behauptet, die Zahl dieser Behörden von 51 auf 12 resp. von 166 auf 122 verringern und mindestens 2 Millionen RM. jährlich — bei einem Gesamtbetrag für die Wasserstraßenverwaltung — von angeblich 150 Millionen RM. einsparen zu können. Die angegebenen Ziffern sind ebenso wenig belegt, wie sie ohne weiteres zu widerlegen wären, aber es ist auch nicht notwendig, sich im einzelnen mit diesen Ziffern zu beschäftigen, denn es steht wohl ganz zweifelsfrei fest, daß die angekündigte Erspartsumme vielleicht für den Wasserstraßenverwaltungskörper des Reichs, aber nicht für die gesamte Wasserstraßenverwaltung Deutschlands zu erwarten wären.

Das Reich will nämlich, wie aus dem schon seit Jahren vorliegenden „Entwurf eines Reichsgesetzes über die Reichswasserstraßenverwaltung“ hervorgeht, nur die verkehrstechnischen Funktionen dieses Verwaltungszweiges übernehmen. Den Ländern würden die zahllosen anderen, mit der Gestaltung und Verwaltung der Wasserstraßen zusammenhängenden Sorgen und Pflichten überlassen bleiben: Kultivierungsarbeiten, Triftwasserförderung, Abwasserregelung usw. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, neben der zukünftigen Reichswasserstraßenverwaltung doch auch noch Landesverwaltungen aufrecht zu erhalten: sonst wäre nicht bisherige Landesbeamte durch Reichsbeamte ersetzt würden, müßten neue Reichsbeamte neben bereits bestehenden und auch künftig nicht entbehrlichen Landesbeamten neu geschaffen werden, wenn sich auch in einzelnen Fällen rationellere Sonderregelungen finden lassen würden. Daß die Kosten der Neuordnung vor allen Dingen anfänglich gegenüber dem vielleicht erzielbaren zukünftigen Erspartum unverhältnismäßig hoch und keineswegs der Zwangslage angepaßt sein würden, in der Deutschland sich befindet, ist danach füglich nicht zu bestreiten.

So wird es begreiflich, daß die Aufmerksamkeit sich auf jenes grundlegende und umfassende Argument des Reichs richtet, daß nämlich die geplante Neuordnung der Tendenz zur Reichsreform entspreche und als ein sie vorbereitender Schritt zu bewerten sei. Dieses Argument aber mutet, wie die Dinge liegen, allzu sehr als ein Versuch an, „das Pferd beim Schwanz aufzudämmen“. Man sollte meinen, daß es würdig und weniger strittige Gegenstände zur Inangriffnahme der Reichsreform auf dem Gebiete der Verwaltung gäbe und man müßte erwarten, daß diese Gegenstände die Aufmerksamkeit dexter, die ehrlich und ohne Rechtsrechtsmissverständnis wünschen, möglichst bald auf sich ziehen.

Berlin. Die Besprechung, die Reichsverkehrsminister Trebitzau mit den Vertretern der Wasserstraßenländer abgehalten hat, führte im Anschluß an die Gründungsrede des Ministers zu einer ausführlichen Aussprache. Namens der deutschen Wasserstraßenländer gab der preußische Staatssekretär Krüger die Erklärung ab, daß auch die Länder den Wunsch hätten, in der Verwaltung der Wasserstraßen jede mögliche Erspartum machen zu helfen. Es sei aber zu befürchten, daß durch die geplante Neuordnung im Haushalt von Reich und Ländern keine Erspartum, sondern Steueraufwendungen entstünden. Mit Ausnahme der Hansestädte hätten alle Länder gegen die Blüte des Reichsverkehrsministers das Bedenken, daß sie eine organische Reichsverwaltungsreform gefürchteten, weil sie wieder eine Reichslandesverwaltung schaffen wollten, die aus dem Zusammenhang mit der allgemeinen Verwaltung gerissen werde. Der hamburgische Staatsrat Kröhn erklärte, daß die Hansestädte das Recht des Reichs auf einen reichseigenen Unterbau in der Wasserstraßenverwaltung anerkennen, ohne allen Einzelheiten der Vorschläge auszuhören. Der Reichsverkehrsminister betonte, daß die heutige finanzielle Lage dazu zwinge, sich nicht mit vorläufigen Zwischenlösungen aufzuhalten, sondern unverträglich die endgültige Organisationsform der Reichswasserstraßenverwaltung zu schaffen. Es sei für eine geordnete Verwaltung unumgänglich, daß das Reich die Verfügung über das Personal erhalte. Jeglicher Schematismus sei bei der Organisation der neuen Verwaltung zu vermeiden.

Zur Klärung der grundlegenden Frage der Reichswasserstraßenverwaltung wird der Reichsverkehrsminister demnächst die zuständigen Länderminister zu einer persönlichen Audibrache bitten. — Es soll ferner unter Beteiligung des in der Sitzung anwesenden Reichsbauministers und der Landesregierungen der Ministerbedarf der Reichswasserstraßenverwaltung an Behörden und Personal festgestellt werden, um diese Bahnen den Haushaltssätzen für 1932 zugrunde zu legen.

Eine Rede des Reichsfinanzministers Dietrich über außen- und innenpolitische Fragen.

Stuttgart. (Funkspruch.) Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hielt heute auf der Landesversammlung der Demokratischen Partei Württembergs eine Rede, in der er betonte, daß das Jahr 1932 ein Jahr der schweren Entscheidungen werden wird. Außenpolitisch gebe der Kampf um Regelung der Privat Schulden und um die Reparationen, innenpolitisch werde das gegenwärtige System darum zu kämpfen haben, sich gegen die anstürmenden neuen Gewalten zu verteidigen.

Der Minister gab dann einen Überblick über die Entwicklung des Reparations- und Schuldenproblems, wobei er besonders auf die Feststellungen des Baseler Sonderauskusses hinwies, daß von einer Zahlung der geschöpften Unnützen auch im nächsten Jahr keine Rede sein könne und daß alle Vorabstufungen des Youngplanes entfallen sind. Ganz besonders wichtig sei aber die, wenn auch in verlauselter Form ausgesprochene Feststellung, daß ohne eine gründliche Neuordnung des Reparationsproblems eine Genesung nicht eintreten wird.

Es steht also heute, erklärte der Minister, nach Meinung aller Fachverständigen fest, daß die gegenwärtige Krise in erster Linie auf die Zahlungen Deutschlands und die Berechnung der Kriegsschäden unter den Alliierten zurückzuführen ist, aber ebenso sehr sind schuld die unmöglichsten Friedensvereinigungen, die den Kriegsstand in latenter Form fortgesetzt haben und die wirtschaftlichen Nachfrage der vergangenen Jahre mit ihrer Überproduktion in Wertpapieren und in Börsen.

Die Notverordnung vom 8. Dezember, die in der neueren Geschichte auch nach Ansicht des Baseler Sachverständigen ein Gegenstück nicht hat, steht in engem Zusammenhang mit den Zuständen, die durch die Reparationen und die Fehler der Weltwirtschaft herausbeschworen sind. Sie verfolgt fünf große Ziele: 1. die Senkung der Preise und Gehaltskosten, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben; 2. den Ausgleich des Reichsbetriebs, von dem abhängt die Erhaltung und Behauptung der deutschen Währung; 3. die Sicherung der deutschen Stellung in den Verhandlungen über Reparationen und Schulden und 5. den Schutz des inneren Friedens.

Aber so wichtig der Inhalt der Notverordnung ist, entscheidend für die Zukunft des deutschen Volkes wird der

Ausgang des Kampfes sein, der sich in einigen Monaten in der Wahl des Reichspräsidenten entscheiden wird. Hier wird sich zeigen, ob das deutsche Volk gesonnen ist, einzusehen, daß man nur mit Einsicht, Beharrlichkeit und rückichtloser Anspannung aller Kräfte die Not meistern kann, aber nicht dadurch, daß man irgend einem Phantom nachläuft, daß dem deutschen Volk Wunder verspricht.

Der Minister beschäftigte sich weiter mit der Frage der Arbeitsbeschaffung, die leider im vergangenen Jahre nicht mit der wünschenswerten Energie betrieben worden sei. Durch die Auftragsergabe der Reichsbahn und die Umgestaltung der Siedlung sei wohl etwas, aber nicht genug erreicht.

Dr. Dietrich unterstrich, daß die Staatspartei jetzt als überall behauptet habe und kennzeichnete das Überlaufen eines großen Teiles des Bürgertums zum Nationalsozialismus als ein Zeichen der schlimmsten geistigen Verwirrung. Schon sind wir, fuhr der Minister fort, in einem Zustand, bei dem die Gefahr besteht, daß der Staat in einem Maße in die Privatwirtschaft hineingezogen wird, die kaum zu ertragen ist. Die ganz großen Gewölbe, die seit Kriegsschluss in Deutschland entstanden, sind eine Gefahr für Volk und Wirtschaft.

Man wirft der Reichsregierung vor (namentlich von nationalsozialistischer Seite) daß sie die schweren Misgriffe, die manche großen Wirtschaftskapitäne gemacht haben, toleriert; davon ist gar keine Rede. Die Reichsregierung hat überall sich eingestellt dafür, daß jeder verbotet und einsperkt wird, der in unverantwortlicher Weise auf dem Rücken anderer gewirtschaftet hat. Aber die Reichsregierung kann nicht in die Justiz eingreifen und gegen Personen vorgehen, die nicht gegen die Gesetze verstochen haben, wenn sie vielleicht auch wirtschaftlich Delikte gemacht.

Der Minister schloß: Die Außenpolitik kann nur mit Erfolg betrieben werden, wenn der Kampf im Innern gesiegt wird. Dabei wird entscheidend sein, ob das Bürgertum neben den staatsbehauptenden Parteien gelassen ist, sich zusammenzuschließen, um eine politische Rolle zu spielen. Die Reichsregierung kann und wird ihre Pläne durchsetzen, die Volk wird durch die Schwierigkeiten der Zeit hindurchkommen, wenn es entschlossen ist, an seinem Teil des Kampfes um seine Zukunft aufzunehmen.

Lausanner Konferenz am 25. Januar.

Basel. Nachdem Bundespräsident Rotte bereits dem englischen Gesandten und dem französischen Botschafter in Bern seine Zustimmung zur Ablösung der Tributone in Lausanne gegeben hat, hat der Gesamtkabinett in seiner Dienstagsitzung diese Aulage bestätigt. Die Konferenz wird am 25. Januar in Lausanne beginnen. Bundespräsident Rotte wird als Vertreter der Schweizerischen Bundesregierung und damit des Kantons des Gründungsbürgerschaften.

Keine Aussicht auf Besserung

„Temps“ über die „Streichung der Reparationen“

Paris, 6. Januar.

Zu dem Vorschlag der „Depeche de Toulouse“, die Reparationszahlungen zu streichen, äußert sich der „Temps“ in ablehnendem Sinne. Das Blatt fragt: Würde eine Annulierung der Reparationszahlungen die Annulierung der amerikanischen Gläubigeransprüche zur Folge haben? Wie die französischen Beschlüsse des Washingtoner Kongresses gezeigt hätten, würde eine Schuldenannulierung durch Amerika gegenwärtig nicht freiwillig angenommen werden. Sie könnte sich nur aus dem eindringlichen Willen der europäischen Schuldnerstaaten ergeben. Eine Streichung der Reparationsschulden würde eine kommerzielle Unmorale funktionieren, die vielleicht das bestimmende Element der jetzigen Krise sei. Es steht nicht so sehr das Interesse Frankreichs auf dem Spiel, das es in seinem Budget entstehende Loch ausfüllen könnte, sondern vielmehr das Interesse Europas und besonders Deutschlands. Ein Sieg Deutschlands in der Tributfrage würde Deutschland nur ermutigen, neue Forderungen vorzubringen.

Die Vorbereitungen für Lausanne.

zu Berlin. Die diplomatischen Verhandlungen zur Vorbereitung der Reparationskonferenz laufen in vollem Gange. Noch immer aber ist der Tag der Konferenz nicht bekannt. Nicht drängt Frankreich sogar darauf, die Konferenz erst am 25. Januar beginnen zu lassen, jedoch zwischen der Konferenz in Genf über die Währung und der Konferenz in Lausanne nur wenige Tage liegen, woraus sich Schwierigkeiten ergeben, die momentan der deutschen Regierung seinesfalls werden müssen. Wie wir nun hören, wird der deutsche Botschafter in Paris, Herr v. Hossz, heute in Berlin erwarten, um von der Regierung neue Instruktionen zu erhalten und über die Pariser Verhandlungen Bericht zu erbringen. In Paris bemühen sich englische Vertreter um das französische Einverständnis zum früheren Beginn der Konferenz, aber auch um eine höhere Grundlage für die Verhandlungen. Nach Berlin kommen in den nächsten Tagen maßgebende Persönlichkeiten, die in der Reparationsfrage eine Stimme haben und bereits wiederholt in groben Verhandlungen mitwirkten. So ist der amerikanische Botschafter in Paris, Edge, bereits in Berlin eingetroffen.

Japans Entschuldigung

Washington, 6. Januar.

Die japanische Regierung hat der Regierung der Vereinigten Staaten ihre formelle Entschuldigung wegen des Angriffs auf den amerikanischen Konsul in Tientsin ausgesprochen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die japanischen Entschuldigungen wegen der Vorfälle in Tientsin noch nicht endgültig angenommen. Staatssekretär Stimson erklärte, er werde sich nach Empfang neuer Berichte über den Vorfall erneut mit dem japanischen Botschafter in Berlin abstimmen lassen.

von Hirsch bei Laval

Botschafter von Hirsch hatte gestern mittag eine längere Unterredung mit Ministerpräsident Laval und dann eine Besprechung mit Finanzminister Blandin. Es darf angenommen werden, daß im Laufe dieser Unterhaltungen die Vorbereitung der Konferenz von Lausanne besprochen worden ist.

Paris. (Funkspruch) Havas bestätigt, daß die geplante Unterredung des deutschen Botschafters mit Laval und Blandin der Vorbereitung der Reparationskonferenz gilt. Nachdem man sich, wie die Agentur behauptet, in Berlin auf die Verlängerung der eingetragenen Kredite um ein Jahr geeinigt habe, steht dem Zusammentreffen der Reparationskonferenz nichts mehr im Wege. Aber der 18. Januar scheint der französischen Regierung wegen der am 12. Jan. beginnenden Parlamentswahl zu nahe zu liegen. Da Laval persönlich an der Wiederaufnahme der Parlamentsarbeiten teilzunehmen wünsche, werde er vorschlagen, die Einberufung der Reparationskonferenz um einige Tage, vielleicht bis zum 25. Januar zu verschieben. Die französische Regierung sei grundsätzlich geneigt, Deutschland ein Moratorium, jedoch nicht über den 1. Juli 1934 hinaus, zu gewähren, unter der Bedingung, daß die ungezählten Young-Annullationen von Deutschland weitergezahlt würden, wobei Deutschland wie beim Hoover-Moratorium die Möglichkeit hätte, über die Summen in Form verbürgter Annleihen an die Reichsbahn zu verfügen.

Unnötige Aufreizung

Den Indern soll die britische Flagge gezeigt werden

Paris, 6. Januar.

Ein Bataillon eines schottischen Regiments ging nach Scholapur ab. Von dort wird es einen langen Marsch durch das bevölkerungsreiche Land unternehmen. Der Marsch beweist, den Kongreßhängern „die britische Flagge zu zeigen“.

Im Mohmandgebiet wurden die Häuser einiger Personen, die von der britischen Regierung befördert werden, von einer Gruppe Rothunden in Brand gesteckt.

Ein Wirtschaftsbündnis England—Standesavien?

Odenbach. Die Besprechungen der standesäischen Außenminister werden am heutigen Mittwoch hier beginnen. Es handelt sich im wesentlichen um die Erarbeitung von währungs- und handelspolitischen Fragen. Die Annahme der Londoner Financial Times, daß dieser Odenbacher Vergleich sofort eine englisch-standesäische Währungsunion in London folgen werde, wird an widerlegt. Blandford steht aber fest, daß die Außenminister der zum Völkerbund gehörenden Staaten, also Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Belgien und die Schweiz, unmittelbar vor den drohen politischen Konferenzen oder während dieser Konferenzen gemeinsame Besprechungen polizeipolitischer Art abhalten werden.

Stockholm. Die Stockholmer Abendpost vertritt den Standpunkt, daß die Odenbacher Verhandlungen ein Wirtschaftsbündnis zwischen England und Standesavien vorbereiten soll. Angeblich soll eine gemeinsame Währungsunion zwischen England und den nordischen Ländern gebildet werden. Diese Annahme ruht auf der Tatsache, daß sowohl England als auch die drei standesäischen Länder den Goldstandard in ungefähr gleichem Maße verlassen haben. Außerdem ist England der wichtigste Ausfuhrbetrieb der drei Nordländer. Außerdem ist die wirtschaftliche Struktur der standesäischen Länder recht verschieden, sodass bisher alle Blüte zur Wiedererrichtung der Währungsunion gehindert sind.

Gefangen für Dakrie

Paris, 6. Januar. Das Pariser Strafgericht verurteilte den Bankier Dakrie zu 18 Monaten Gefängnis. Es wurde in der Verhandlung als erwiesen angegeben, daß Dakrie vor den Akten einer von ihm kontrollierten Schuhfabrik 70.000 Stück zu seinen Gunsten belohnt gebracht hatte.

Politische Tagesübersicht.

Die britische Flagge auf dem Gebäude des alliierten Komitees. Unter dem Schutz der Polizei wurde heute früh die britische Flagge auf dem Gebäude des alliierten Komitees feierlich gehisst, was die Übernahme des Gebäudes durch die Regierung anzeigen soll. Vier Komiteepräsidenten und vier Frauen verharrten hier seit 40 Minuten.

Ein verlauterter Verfall auf den kommunistischen Präsidenten. Aus Russland wird gemeldet: zwei aufeinanderfolgende Männer, die mit Waffen bewaffnet waren, stellten sich dem Kraftwagen des Ministerpräsidenten Jozef Tiso in Bratislava entgegen und verließen den Ministerpräsidenten und seinen Chauffeur anzugreifen. Der Chauffeur gab Vollgas und raste mit höchster Geschwindigkeit davon. Kurz darauf wurden die Täter verhaftet. Sie geben an, nicht gewusst zu haben, daß in dem Auto der Ministerpräsident saß und entschuldigten sich mit ihrer Trunksucht.

Die Londoner City zur Konferenz von Sanzane. Zu den Verhandlungen, die die Londoner Konferenz vielleicht eine Entscheidung über die Reparationszahlungen bis zum Juni hinauszögern werden, schreibt Financial Times, die Tito sei von dieser Möglichkeit nicht sonderlich begeistert, immerhin oder wäre eine solche Lösung noch besser als etwa eine Veränderung, die ein dreijähriges Moratorium zur Grundlage hätte.

Verbot kommunistischer Versammlungen im Regierungsbereich RDA. Der Regierungspräsident in Köln hat die Polizeibehörden angewiesen, Versammlungen der KPD und ihrer Unterorganisationen bis auf weiteres zu verbieten, weil die öffentliche Sicherheit und Ordnung in den letzten Tagen durch Sabotageakte gefährdet worden sei. Ferner hat der Regierungspräsident die Anmeldung von Waffen und Munition im Regierungsbereich Köln verfügt, weil die jüngsten Ereignisse darauf schließen lassen, daß die von roksakler Seite geschürte politische Erregung zu weiteren Gewalttaten Anlaß geben könnte.

Gesetzgebung über die Auflösung des Döbelner Volksrates. Der Volksrat lehnte heute den durch das Volksbegehren gestellten Antrag auf Auflösung des Volksrates mit 42 Stimmen der Regierungsparteien gegen 25 Stimmen der Linksparteien ab. Über den Antrag wird nunmehr ein Volksgericht statzufinden.

Die Schriftsteller gegen Schlageter verboten. Die vom Verlag "Das andere Deutschland" herausgegebene Schrift "Wer war Schlageter?" ist nach einer Meldung Berliner Blätter vom Berliner Polizeipräsidenten für den Bereich des Kreisstaates Preußen politisch beschimpfung und verboten worden, weil ihr Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet.

Verhandlung Simons mit dem Botschafter Englands und Frankreichs über die Lage in der Mandatsreihe. Staatssekretär Simon hatte am Dienstag nachmittag mit dem englischen und dem französischen Botschafter eine Besprechung über die Lage in der Mandatsreihe. Der englische Botschafter hinterließ eine kurze Aufzeichnung des englischen Standpunktes. Der französische Botschafter erklärte beim Verlassen des Staatsdepartements auf eine Frage hin, daß der Zusammenarbeit: "Wir haben in dieser Angelegenheit stets zusammengetragen".

Der Engländer Hankey Generalsekretär der Tributkonferenz. Zum Generalsekretär der Tributkonferenz in Paris wurde voraussichtlich der Sekretär des englischen Kabinetts Sir Maurice Hankey bestellt werden. Hankey hat bereits auf früheren internationalen Konferenzen, so in London und im Haag, ähnliche Posten bekleidet. Die an der Tributkonferenz teilnehmenden Regierungen haben sich bereits mit der Wahl Hankeys einverstanden erklärt. Hankey hält sich zur Zeit in der Schweiz auf, wo er zusammen mit der Schweizer Regierung die Konferenz vorbereitet.

Diplomatenfest bei Mrs. Gaddett. Am Dienstagabend hat in der Wohnung des Berliner amerikanischen Botschafters Gaddett ein Essen stattgefunden, an dem u. a. der französische Botschafter in Berlin Francois-Poncet, der amerikanische Botschafter in Paris Edge und eine Vertretlichkeit des deutschen auswärtigen Amtes teilnahmen. Gastgeber war Mrs. Gaddett.

Hauptpolititionsbedingungen des Zentrums:

Außenpolitik nur mit Brüning.

* Mainz. Im Mainzer "Journal", dem Mainzer Zentrumsblatt, veröffentlicht der Vorsteher der katholischen Zentrumspartei, Reichsaußenrat Dr. Bodin, Mitglied des Reichstages, einen Artikel "Im Jahre 1932 unter Brüning". Es heißt darin: "Soweit es an und liegt in Deutschland müssen wir gekrönt auftreten, d. h. aber nichts anderes, als daß das ganze deutsche Volk klar und offen hinter seinem vereinten Staatmann, dem Kanzler und Außenminister Brüning, zu treten hat. Das ist das Gebot der politischen Deutschlands im Anfang des Jahres 1932. Dennoch ergebe sich für uns in Hessen daraus auch die Konsequenz, daß wir von jeder Partei, die mit uns in eine Regierung treten will, verlangen müssen, daß es in Deutschland nur eine Außenpolitik gibt, die Außenpolitik der Reichsregierung Brüning, die im Reichsrat unterstellt werden muß."

Wir stehen vor Wahlen in Preußen und vor der Reichspräsidentenwahl ebenfalls in diesem Schicksalsjahr. Niemand kennt den Ausgang dieser Wahlen. Soviel jedoch erscheint als sicher: in den nächsten Jahren wird keine Partei die absolute Mehrheit erhalten. Dies haben die Wahlen gezeigt. Es wird im übrigen deutschen Reich genau so sein, weil der katholische Botschaft dem Zentrum die Treue hält, wenn auch alle Parteien rechts von ihm verschlagen werden sollten. Nach allen Wahlen wird das Zentrum mitregieren müssen. Mit dem Zentrum kann man jedoch nur verantwortlich regieren und auch wohl auf welche Sicht hinaus nicht ohne Brüning, dem gegenwärtigen Exponenten des Zentrums. Auch die Nationalsozialisten, die danach nicht dazu kommen werden, auf Grund von Wahlen in Deutschland allein zu regieren, müssen sie zulässig entscheiden, vom Regieren sich dauernd fernzuhalten oder völlig verantwortlich zu arbeiten, also umzuziehen, wie es vor ihnen schon so viele andere Parteien tun müssen. Vielleicht könnten sie in der Zukunft einmal als eine Zusammensetzung einer Rechten in einer Verantwortung eine geschäftliche Bedeutung im ausbauenden Sinne erhalten, die sie bis jetzt nicht haben. Das wäre allerdings eine Zeit, wo NS. und SA. neben den gesetzlichen Wachtmitteln des Staates aufgehoben hätten, zu bestehen.

Die russischen Nichtangriffspakt-Verhandlungen.

Eine Mitteilung an die Reichsregierung.

* Moskau (Ober-Rawno). Wie wir erfahren, bat Außenminister Litwinow der Reichsregierung durch den östlichen Hauptmann mitteilen lassen, daß die kommenden russisch-französischen und russisch-polnischen Nichtangriffspakte, seine Erfüllung der politischen Interessen Deutschlands zu erhalten würden. Die Berichte würden später veröffentlicht.

Das Hochwasser geht zurück.

Dresden, 6. Januar.

Sowohl die Dienstposten überzeugen sich, daß das Hochwasser fast aller Städte und Wasserläufe im Kreisgebiets und im übrigen Sachsen im Fall eingegangen. Wie aus der Technischen Notrille mitgeteilt wird, reichen die aus der überwachten Gebiete bisher eingeschleiften Mannschaften aus, Verstärkungen also nicht mehr nötig sind.

Die Höhe ist in der Nacht zum Dienstag um rund zwanzig Zentimeter gesunken und hatte damit am Dienstagvormittag einen Stand von minus 11 Zentimeter erreicht. So ist mit einem weiteren leichtem Ansteigen zu rechnen.

Die Hochwasserschäden in Nied.

Der Wasserspiegel der Mulde ist auf 1,98 Meter gegenüber einem Höchststand von 3 Meter zurückgegangen. Die Verherrungen, die das Wasser in Nied zwischen Muldestadt und Bautzenwerk angerichtet hat, sind sehr groß. Der Spielplatz des NS-Auflaufs ist völlig verschlammt und verwüstet, ebenso der Platz des Turnvereins Jahn. Die Deichsicherheit ist zwischen Wilsa und Zwiedau mit Kraftwagen aufrechterhalten worden. Der Güterverkehr wurde über Chemnitz-Euse umgesetzt. Außerdem mußte der Verkehr zwischen Unterschleißheim und Johanngeorgenstadt in der Nacht zum Dienstag, und auf der Linie Mosel-Drimannsdorf zwischen den Orten Mosel und Wulm unterbrochen werden. Auf beiden Linien ist der Verkehr inzwischen wieder aufgenommen worden.

Dammbrüche bei Flöha und Erdmannsdorf.

Um den geltigen Morgenstunden des Dienstag ist in Flöha ein Dammbruch erfolgt. Auf 75 Meter Breite haben die Wassermassen den Damm aufgerissen. Die Ortsgruppe Chemnitz der Technischen Notrille legte auf Anforderung der Umschauhauptmannschaft auch an dieser Stelle sofort ein. Von Chemnitz aus wurden mittels Lastwagen jedoch Röhrer an die Unglücksstelle transportiert und nahmen sofort die Deichschäden in Angriff. Die Arbeiten gestalteten sich zum Teil außerordentlich schwierig, da Flöha bereits seit Montag teilweise unter Wasser steht und die Anmarschstraßen auf weiten Strecken überflutet sind. Weiter wurden von Chemnitz mittels Lastwagen dreihundert Sandkübel nach Flöha gebracht.

Ein weiterer Dammbruch ereignete sich in den Mittagsstunden des Dienstag in Erdmannsdorf. Da die örtlichen Kräfte, Feuerwehr und Polizei, allein der Woge nicht mehr Herr wurden, mußte auch hier die Technische Notrille eingreifen. Der Bereitschaftstrupp Freiberg stellte zunächst ein weiteres Kommando von 25 Röhrern, die mit Lastwagen, ausgerüstet mit Deichschüttgerät, Sandsäcken usw. auf Umwegen zur Unglücksstelle transportiert wurden.

An beiden Dammbrüchen wird siederhaft gearbeitet. Weitere Röhrertrupps stehen den Umschauhauptmannschaften auf Anforderung noch zur Verfügung.

Von den durch Hochwasser vorübergehend gesperrten Reichsbahnlinien ist der Verkehr auf der Strecke Wilsdruff-Thum-Dienstagabend, auf der Linie Schönfeld-Geyer Mittwochmorgen wieder aufgenommen worden.

Die Technische Notrille im Chemnitzer Hochwassergebiet

Über die bisherige Tätigkeit der Technischen Notrille in Chemnitz und Umgebung wird mitgeteilt:

Im Chemnitzer Stadtgebiet sind durch die Uberschwemmung umfassende Absperren erforderlich geworden, da der Kappelbach nicht mehr befahrbare und die Georgibrücke und die angrenzenden Ufermauern eingestürzt drohten. Die Zwickau und der Röppelbach führten Unmengen brauner Schlammiger Fluten mit sich, die die anliegenden Fabrikgrundstücke und Wohnhäuser unter Wasser setzten. In der Nacht zum Montag ist die Technische Notrille eingezogen worden. Aus einem gebrochenen Fabrikgrundstück an der Zwiedauer Straße wurden von den Röhrern die Waren herausgeräumt und in Sicherheit gebracht. Im Laufe des Montags sind weitere Teile des Katastrophendienstes der Technischen Notrille bereitgestellt worden. Gefährdete Wohnungen in Görlitz, Zittau und Draisdorf wurden von der Notrille geräumt, die Bewohner und das Mobiliar in Sicherheit gebracht. Seit Montagmittag befindet sich die Leitung der

Chemnitzer Ortsgruppe der Notrille mit einem Einzug von über 150 Mann, der im Laufe des Tages noch durch weitere Einheiten verstärkt wurde, in dem besonders betroffenen Chemnitzer Vorort Grünhain. Dort ist die Uferböschung über die Ufer getreten und in fast die Hälfte aller Parzellenmühlen eingedrungen. Zu gefährdeten Häusern sind, um Vieh und Mobiliar retten zu können, Motorräder eingeschlagen worden. Mit dem Eintreten der Dunkelheit legten die Beleuchtungsgruppen der Notrille ein. In Flöha, wo ein Dammbau gebrochen war, trat ebenfalls ein Einzug der Technischen Notrille in Tätigkeit.

Untersuchungen des Bahnbetriebs im Zwiedauer Gebiet

Das Betriebsamt des Bahnhofs Zwiedau teilt mit: Wege Dammunterquerung zwischen Haltepunkt Gainsdorf und Haltepunkt Zwiedau-Schedewitz sind beide Hauptgleise der Linie Schwarzenberg-Zwiedau ab 4. Januar, 19 Uhr, zwischen Wilsa und Zwiedau gesperrt worden. Der Personenzugverkehr ist zwischen Wilsa und Zwiedau mit Kraftwagen aufrechterhalten worden. Der Güterverkehr wurde über Chemnitz-Euse umgesetzt. Außerdem mußte der Verkehr zwischen Unterschleißheim und Johanngeorgenstadt in der Nacht zum Dienstag, und auf der Linie Mosel-Drimannsdorf zwischen den Orten Mosel und Wulm unterbrochen werden. Auf beiden Linien ist der Verkehr inzwischen wieder aufgenommen worden.

Greiz. Der Regen hat die Weiße Elster stark zum Uferschwund gebracht. Da er am Dienstag noch anhielt, ist auch in Greiz mit Hochwassergefahr zu rechnen. Um Oberlauf ist der Fluss schon mehrfach aus den Ufern getreten und hat große Wiesenflächen überschwemmt.

Ein Todesopfer des Hochwassers

Herrnkreischen. Das Hochwasser des Kamnibaches hat hier ein Todesopfer gefordert. Der fünfundfünfzig Jahre alte Schiffsteuermann Karl Wissam wurde von den Fluten des hochgehenden Baches erfaßt und fortgerissen. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Störungen im Fernsprechverkehr

Durch das Hochwasser der letzten Tage sind Chemnitz und seine nähere und weitere Umgebung in erster Linie betroffen worden. Neben allen anderen Schäden waren auch die Störungen im Fernsprechbetrieb besonders schlimm. Nicht weniger als hundert Leistungen nach dem Erzgebirge und Westsachsen waren beschädigt. Auch im Chemnitzer Fernsprechamt waren zeitweise über 600 Anschlüsse gesperrt. Die Störungen waren auch Dienstagabend noch nicht überall behoben, obwohl zahlreiche Bautrupps des Telegraphenamts unausgelebt an ihrer Beseitigung arbeiteten. Die aktive Hochwassergefahr gilt übrigens allenfalls als überwunden, da der Schiefe fast überall wegschmolzen und abgeschlossen ist.

Das Malbelschwasser in Glensberg.

* Glensberg. Das Hochwasser überschwemmt hier die Bewohner des Schöpferhauses, die jetzt auf Rähmen in Sicherheit gebracht werden. Die Anlagen des Schöpferhauses stehen völlig unter Wasser. Ferner auch große Teile der Deutschen Zelluloidfabrik, die ihre ganze Belegschaft deshalb nach Hause schicken mußte. Auch die Stoffmanufaktur hat sämtliche Beute heruntergekriegt, weil nicht mehr gearbeitet werden kann. Eine Fabrikstraße, die nachts gegen 2 Uhr einen Bewohner des Schöpferhauses dorthin gebracht hatte, wurde auf dem Rückweg gleich vom Wasser überdeckt; sie wurde am Dienstag früh durch Vorpanne auf das Trockene gezogen. Bei der Pianofabrik Opselfeld Gebr. Blümmermann ist ein Damm gebrochen, so daß der Holzplatz bereits ganz unter Wasser steht. Die Feuerwehr ist mit sämtlichen Sägen alarmiert, sie legt aus Bohlen und Sand einen Holzdamm an, um die hinterste Stadt gegen das Hochwasser zu schützen. Das Wasser überflutet auch bereits das Fabrikgrundstück Holzweitz, wo der Damm offenbar nicht mehr steht. An einzelnen Stellen steht das Wasser bis knapp unter der Dammoberfläche, so daß jeden Augenblick mit einer Überschwemmung der Dämme gerechnet werden muß. Auch im Glensberg-Damm zeigen sich unklare Stellen, so daß auch hier die Feuerwehr eingreifen muß. Überflutet sind auch die Ortschaften Kollau und Karls, sowie auch Teile des Dorfes Großschön und dessen Gutsdorf. Auch im dem höher gelegenen Wedelwitz steht das Wasser bereits in den unteren Häusern.

Das endgültige amtliche Ergebnis des Volksbegehrens.

* Dresden. Der Bandeswahlzettel hat das Wahlergebnis der Kommunalwahlen im Kreisamt Sachsen beantragt. Wahlschein auf Bandesauszählung im Kreisamt Sachsen wie folgt festgestellt: 1. Stimmkreis: Dresden-Borsig: 286 566; 2. Stimmkreis: Leipzig: 123 545; 3. Stimmkreis: Chemnitz-Zwiedau: 368 430. Im Kreisamt Sachsen insgesamt 738 666. Die Orientierung der Stimmzettel der letzten Bandestagswahl betrug 8 580 541, demnach haben mehr als ein Schuh der Stimmberechtigten der letzten Bandestagswahl für das Volksbegehren gültig gekämpft.

Rehabilitierung des Letzters der Reichspressestelle

* Berlin. Vor dem Sozialgericht Berlin-Schöneberg hatte sich am Dienstag der Generaldirektor der "Grünen Presse", Sofiobr. Countas, wegen Missbildung und Überredete gegenüber dem Letzter der Pressestelle der Reichspressestelle, Ministerialdirektor Dr. Seelius, zu verantworten. Sonntag hatte die Tätigkeit des Letzters der Pressestelle in einem Artikel kritisiert und auch beklagt, der Sozialdemokrat Seelius habe bereits gewonnen werden und die Deutsche Volkspartei soll erklärt haben, sie habe an ihn die Wahl. In der nächsten Zeit soll agitatorisch an bestätigt. Diese Front wird aber nur gering sein, da es ja hier um Parteien handelt, die an sich weniger in die Öffentlichkeit treten. Da hingegen die Sozialdemokratie, die die Grüne Front unterstützen wollen, es ablehnen, so weiter zu agitieren. Auf der anderen Seite haben die Nationalsozialisten und Deutschnationalen bereits zahlreiche Versammlungen angepeilt, die, da sie über das ganze Reich gehen sollen, den Namen Jannas ausstellen werden. Auch die Kommunisten und wieder außerordentlich angewinkelte und wort gegen die Grüne Front, der zunächst ihr Kampf

Um eine Burgfriedensfront.

* Berlin. In politischen Kreisen Berlins wird jetzt die Meinung batte gemacht, daß wiederum der Bauantrag und Güterverhandlungen sich die Parteien freiwillig verhindern, Burgfrieden zu halten und die Öffentlichkeit nicht agitatorisch zu bearbeiten. Wie wir hören, haben sie bereits Mittelsmänner der Mittelparteien an bestimmt. Politiker unbekannter Parteien gewandt; um sie für diese Gedanken zu gewinnen. So soll das Zentrum bereit sein, sich einer neuen Burgfriedensfront anzuschließen. Auch die Sozialdemokratie hält eine Burgfriedenswählende des Reichspressestelle und bereits gewonnen worden und die Deutsche Volkspartei soll erklärt haben, sie habe an ihn die Wahl. In der nächsten Zeit soll agitatorisch an bestätigt. Diese Front wird aber nur gering sein, da es ja hier um Parteien handelt, die an sich weniger in die Öffentlichkeit treten. Da hingegen die Sozialdemokratie, die die Grüne Front unterstützen wollen, es ablehnen, so weiter zu agitieren. Auf der anderen Seite haben die Nationalsozialisten und Deutschnationalen bereits zahlreiche Versammlungen angepeilt, die, da sie über das ganze Reich gehen sollen, den Namen Jannas ausstellen werden. Auch die Kommunisten und wieder außerordentlich angewinkelte und wort gegen die Grüne Front, der zunächst ihr Kampf

Deutsch-französische Luftverteidigungs-Bereinbarungen.

* Berlin. Eine französische Zeitung verbreitete die Meldung, daß heute Mittwoch in Berlin ein deutsch-französisches Luftkriegsunternehmen unter der Führung von Dr. Schenck geplant werden soll. In dieser Form ist die Meldung ungutrechend. Kontakt werden in Berlin die Verhandlungen des deutsch-französischen Unterstandes für die Bildung des deutsch-französischen Militätkontinents im vorigen Jahr in Paris begonnen haben. Es handelt dabei um eine Zusammenarbeit der deutschen und französischen Luftverteidigungs-Gesellschaften mit dem Ziel, für den Luftverkehr nach Südafrika und Europa und vor allem nach Südamerika die Kontakte auszuschärfen und zwar, denen Südamerika auch das Luftkrieg eine große Rolle spielt (für dieses Jahr sind 10 Segelflugfahrten nach Südamerika geplant), ist auch Dr. Schenck zu den Verhandlungen hinzugezogen worden.

Die Regierungsbildung in Düsseldorf.

Düsseldorf, 6. Januar. Die Aussichten der Regierungsbildung in Düsseldorf, die am Freitag erfolgen soll, sind giemlich unklar. Sozialdemokratische Stimmen stehen die Stimmen der Regierungsmehrheit mit Niedergang gegenüber. Wahrscheinlich wird die letzte Regierung die Geschäfte bis zu der voraussichtlich im Mai stattfindenden Landtagswahl weiterführen.

Gaukanner Konferenz und Stillehthalterkonferenz.

Deutschland nach auf
Gebildung des Reparationsausschusses befinden.

Berlin. (Kunstprach.) Angehörige der Käfide, das immer noch kein endgültiges Datum für den Beginn der Gaukanner Reparationskonferenz festgesetzt ist, da man freilich nicht weiß, ob von England für den 18. Januar vorgelegten Beiträgen um eine Zeit zu verzögern, wird ein unabhängiger Stellte erneut daran erinnert, daß Deutschland sich mit dem englischen Vorstoßes einverstanden erklärt hat. Die deutsche Regierung ist der Auffassung, daß die Konferenz so schnell wie möglich zusammenzutun wünscht.

Selbstverständlich muß dabei Voraussetzung sein, daß sie darüber auch die Stillehthalterverbündeten zu einem Abschluß gezwungen, damit Deutschland bei den Verhandlungen auf der Reparationskonferenz rechte Stärke über eine gesamte Zahlungsverpflichtungen schaffen kann. Auch die an den Stillehthalterverbündeten beteiligten Parteien freilegen durch die Auffassung, daß ihre Verbündeten die zum Beginn der Gaukanner Konferenz zu einem Ergebnis führen müssen. Sie hoffen, Mitte Januar eine neue Stillehthalterkonferenz fertiggestellt zu haben.

Wenn in den Erörterungen in der Öffentlichkeit gegenwärtig von einer provisorischen Regelung des Reparationsproblems und einer Vertagung der Reparationskonferenz um mehrere Monate die Rede ist, so muß demgegenüber, wie in unterrichteten Kreisen nachdrücklich betont wird, mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, daß eine endgültige Lösung des Reparationsproblems nötig ist. In allen Regierungs- und Gouvernementskreisen steht man auf dem Standpunkt, daß ähnliche Gefahr im Vergang ist und daß die Konferenz unbedingt zu einem endgültigen Ergebnis führen muß.

Die Aufnahme des Staats in den Völkerbund.

Bericht des Mandatenausschusses.

Grenz. Der ständige Mandatenausschuss des Völkerbundes hat nunmehr seinen Bericht an den Völkerbundsrat über die Aufnahme des Groß-Mandats und die Aufnahme des Staatsgebietes in den Völkerbund abgeschlossen. Der äußerst vorstehende Bericht führt sich bei der Beurteilung der Tugendmaßnahmen geforderten Selbstständigkeit des Staats-Gebietes als autonome Staat in allen wesentlichen Punkten auf die Stellungnahme der englischen Regierung, deren Erfüllungen nur geringe Bedeutung angenommen werden. Der Bericht wird auf der Ende Januar stattfindenden Tagung des Völkerbundsrates zur Verhandlung gelegt. Die Aufnahme des Mandats und die Aufnahme des Staats-Gebietes in den Völkerbund muss sodann durch einstimmigen Beschluss der Völkerbundversammlung erfolgen.

Die Preissteigerung bei den Elektrizitätswerken.

Wab. Berlin. Der Reichskommissar für Großbetriebe, Dr. Götzeler, hat als Drift für die Elektrizitätswerke zur Verstärkung über die beschlossenen Preissteigerungen beim Bericht vorgetragen. Ganz und bislang nur die Verteilung des Groß-Mandats zur Verhandlung gelangt. Die Aufnahme des Mandats und die Aufnahme des Staats-Gebietes in den Völkerbund muss sodann durch einstimmigen Beschluss der Völkerbundversammlung erfolgen.

Das Hochwasser der Spree und der Havel.

Wab. Berlin. (Kunstprach.) Für das Gebiet von Rostock und Cottbus besteht keine Überflutungswarnung mehr. Auch an der Stadt Wittenberg in der Hochwasserwelle vorübergegangen ohne wesentlichen Schaden zu verursachen. Ein Teil des neuen Staudammes an der Wehrstraße wurde von den Fluten weggerissen. Dieser Dammbruch kann aber insofern als glücklich angesehen werden, als sonst das Wasser in den Mühlgraben abgelenkt worden wäre, der mittler durch die Stadt fließt und an dessen Ufern eine Reihe von Fabriken liegt, die durch die unauflösliche Überschwemmung hart in Mitleidenschaft gezogen worden wären.

Der Oderwald ist auch diesmal wieder befreit. Das Wehr bei Schmölln ist in Gefahr. Die Feuerwehr aus Stralsund ist mit Sandbünden abgedrängt, um Dämme und Wehr zu sichern.

Der Sieg der "Russen" in Finnland.

Reichstag am 19. Januar.

Görlitz. (Kunstprach.) Die noch ausstehenden Zahlen der Alkoholabstimmung haben das Gesamtergebnis nicht mehr verändert. Über 70% d. aller abgegebenen Stimmen haben sich gegen das Alkoholverbot ausgesprochen.

Staatspräsident Gainsford traf am Montag im Extrajug in Görlitz ein. Am einem sofort eingerufenen Staatsrat wurde die Einberufung einer außerordentlichen Reichstagssession zum 19. Januar beschlossen, um die Alkoholgefechte abzuhandeln.

Dorftragödie in Portugal.

Coimbra.

Ullrichsen. Im Batai bei Coimbra hat Ad. eine furchtbare Dorfragödie erlebt, bei dem Personen zum Opfer fielen. Der Landarbeiter António Matatos war wegen Stromkabel ins Gefängnis geworfen worden. Als er zurückkehrte, hatte sich seine Frau erhängt. Das Batai suchte Matatos den Landmann, der ihn ansprach hatte, in seinem Gebäude auf und riefte nicht nur ihn, sondern auch dessen Mutter und Bruder. Matatos lebte dann in sein Haus zurück, wo er von der Polizei umgebracht wurde. Seine Tochter lag, verarmt alle Kinder und Geschwister und lebte bei ihrem Vater. Sie kam zu einem Onkelfreund, in dessen Verlauf Matatos den Polizeistat bestreikt und mehrere Polizisten bewunderte. Gekauft wurden Verstärkung mit Wachmengewehren eingetragen, was wurde Matatos durch eine Kugel gestoppt.

Chinesische Überfälle auf Japaner.

London. Nach einer Meldung der Times aus Tokio unternahm eine Karde Sünderbands am Abend des 4. Januar einen Angriff auf Siam und konnte erst am 5. Januar früh vertrieben werden, nachdem Verbündete aus Muksen eingetroffen waren. In Thailand griffen 80 Chinesen eine japanische Wache zwischen der Grenzstation und der Stadtmauer an und verwundeten 2 japanische Soldaten tödlich.

wird zu vielfachen unterrichteten Kreisen erklärt, dieser Zeitpunkt liege zu spät, um ein wirksames Arbeiten zu ermöglichen. Man ist der Auffassung, daß die Verzögerung im Zusammenhang dieser Konferenz sowohl deren eigenen Erfolg als auch den der Abstimmungskonferenz beeinträchtigen könnte.

500 indische Organisationen verboten.

Wab. Bombay. (Kunstprach.) Alle Kongreß- und dem Kongreß angehörenden Organisationen der Präfekturhauptstadt Bombay sind als oschehmäßig verboten worden. Von dieser Maßnahme werden 500 Organisationen betroffen.

Gewerbe Ordnung über Niederländisch-Indien.

Batavia. (Kunstprach.) Niederländisch-Indien wird von einem schweren Ordnung betroffen. Die Telefon- und Telegraphenverbindungen mit den Inseln Hall und Sumatra sind unterbrochen.

Geographie der deutschen Werbezeitung.

Wab. Trotz aller Rüte der Zeit und aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist die deutsche Werbezeitung in den letzten Nachkriegsjahren im ständigen Aufsteigen begriffen. Voll Stolz wird jeder Landwirt und Werbedichter an die Erfolge denken, die deutsche Werbe unter schwierigsten Verhältnissen gegenüber stärkster ausländischer Konkurrenz errungen haben. Doch stehen frisch in aller Erinnerung die Erfolge des deutschen Werbes und letzters auf der Olympiade und die geradeaus sensationellen Siege deutscher Reiterstaffette aus deutschem Werbematerial in Amerika.

Der Bedeutung und dem Ansehen der deutschen Werbezeitung trägt Heft 881 der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft "Die Verbreitung der Werbeschläge in Deutschland" Rechnung. Dem Heft der D.L.G. liegen die Erhebungen zu grunde, die im Jahre 1928 vorgenommen worden sind. Dabei ist es interessant, wenn man dieses Ergebnis einer alten Erhebung aus dem Jahre 1898 gegenüberstellt. Während 1898 das Warmblut in Deutschland 71,8 Prozent des Gesamtpferdebestandes für sich beansprucht gegenüber 26,2 Prozent Kaliblau, nahm das Warmblut 1928 nur noch 51,1 Prozent gegenüber 48,9 Prozent Kaliblau ein. Wie aus dieser Gegenüberstellung ersichtlich wird, hat in den letzten 30 Jahren das Kaliblau auf Kosten des Warmbluts eine Ausnahme von 20,7 Prozent zu verzeichnen, so daß nunmehr Warm- und Kaliblau im Reiche fast genau zu gleichen Teilen vorhanden sind.

100prozentige Warmblutzuchtbiete sind nur noch in kleinen Teilen Deutschlands zu finden, so im Memelgebiet und im Ostpreußen harrt an der russischen Grenze, dann in einem kleinen Gebiet Pommerns in der Gegend von Greifswald und Rügenwalde, im Westen in Ostfriesland um Leer herum und in einem kleinen Gebiet bei Verden. Im Süden und Südosten findet man kleine Warmblutzüppen bei Rastatt und direkt bei Konstanz, im Südosten in der Gegend von Hoyerswerda und Kamenz, sowie in Oberösterreich bei Groß-Siegharts. Die 100prozentigen Kaliblutzüppen liegen mit Ausnahme eines kleinen Gebiets um Görlitz herum sämtlich im Westen oder Süden des Reichs und sind sowohl im Westen als auch im Süden beinahe ausgesprochene Grenzgebiete, so in der Gegend von Kreuznach und Neuwied bis heran zur französischen Grenze und in Bayern die Bezirke um Kaufbeuren und Günzburg und Freising und Dachau herum.

60-prozentige Warmblutzüppen findet sich in ganz Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg und Schlesien, Teilen des Freistaats Sachsen, Hannover, Oldenburg, aber auch in Teilstücken Bayerns und Württemberg. Kaliblutzüppen von 50-80 Prozent treiben sich ganz Brandenburg, Mitteldeutschland, die Hauptgebiete der Oberlausitz und Sachsen, dazu der nördliche Teil der Provinz Schleswig-Holstein. Aber auch im ausgesprochenen Warmblutzüppen Ostpreußen findet sich in der Gegend von Allenstein ein kleiner Gebiet, in dem Kaliblutzucht getrieben wird, ebenso wie in einem Teilstück Schlesien.

Stellt man sich also eine Karte Deutschlands vor, auf der die einzelnen Werbezugsgebiete eingezeichnet sind, so kann man sagen, daß im Süden und Westen Kaliblau vorherrschend ist, dazu ein Streifen quer durch Deutschland, der nach Norden etwas durch die Provinz Münster-Straßburg, nach Süden die von Stettin nach Crotzen begrenzt wird. Die Gebiete nördlich und östlich besitzen sich dagegen vorwiegend mit Warmblutzucht.

Reichswinterwetterdienst.

vom 6. Januar 1932.

Östliche Gebiete: Hier sind durchweg 5-10 Centimeter Neuschnee gefallen, so daß mit guten Sportmöglichkeiten gerechnet werden kann. Es meldet:

Wetterberichte: Nebel, Schneehöhe 70 Centimeter, 5-8 Centimeter Neuschnee, verhornt, Sport gut.

Schleiferhand: Nebel, Schneehöhe 80 Centimeter, 6-10 Centimeter Neuschnee, bereit, Sport gut.

Sachsen Winterportäle: haben keine Meldungen abgegeben. Die Winterportäle in den höchsten Lagen des Erzgebirges sind vereist. Sport ist kaum möglich.

Bücherseiten.

In Harmonie von deutschem Stolz und Demut vor Gott. Erwiderung eines deutschen Christen auf Frau Mathilde Budendorffs "Erlösung von Jesu Christo". Von A. von Graef-Götzeler. Rehra-Verlag Rostock. Brosch. 8,00 RM. — In dieser kurzen, klaren Auseinanderziehung nimmt der bekannte Führer der östlichen Bewegung Stellung zu den Angriffen, die Frau Budendorff gegen die Person Christi und den tiefsten Sinn einer religiösen Leben- und Weltanschauung überhaupt gerichtet hat. In klarer und überlegener Weise führt er zunächst den Nachweis, daß die Befreiung ihres Buches, aus einem naturwissenschaftlichen Psychologismus heraus entstanden, die eigenartige religiöse Sphäre überhaupt gar nicht begreift und legt dabei als philosophischer Gedanke von einzigermaßen erschütternder Trivialität ist. Erst eine neue Reformation, die ihre Vorläufer in Reimarus, Richter, Nikolaus Wagner und Camperlain findet, wird die Weltanschauung neu und tief in deutsches Volkstum einflanszen. — Der zweite Teil des kleinen Schrift aber legt sich mit der Meinung und Form des Kampfes auseinander, wie solche auf der Gegenseite geht. In sachlicher und vornehm zurückhaltender Weise wird hier doch der Nachweis erbracht, daß Frau Budendorff weder in Bezug auf die einfachsten Voraussetzungen wissenschaftlichen Quellenkenntniss noch aus der simplen Schriftinterpretation genügt. Ihre Verständnis für Goethe ist von sehnlich wirkender Flachheit; und nicht einmal die Gelehrten, auf die sich ihre Ausführungen stützen, sind mehr als äußerlich benutzt. Ein Politiker, der aus einem inneren Herzensbedürfnis von dem Verhältnis von Gott und Mensch zu reden unternimmt, ist im Deutschland von heute etwas Seltenes und Neues. Möchte die Kirche sich nicht in hochmütiger Selbstbescheidung abschließen von dem, was Vaterland hier spricht. Auch wenn die Sprache v. Graef eine andere ist, als die geschlossene Dialektik theologischer Ausdrucksformen. Wer wollte leugnen, daß wir alle — Theologen und Laien — heute wie einst zu Luthers Seiten zusammensind!



Der goldene
"Kochtopf"

Den müssen eigentlich alle tüchtigen Gastronomen, die meinen Magenstell nicht läßt, bekommen. Niemand ist aber als ein Koch, der das aufrechte Gewissen eines Gottes Gottes, wenn er steht, bei sein Gewissen weiter zu verzichten und für kein Bad gutes Gefühl — das „Gute Gewissen“ bekommt.

Turnen - Sport - Spiel - Wandern

Regelsport.

Der Anglerverband Riesa feierte am Sonntag im Kreisheim seine Meisterschaftskämpfe fort, wo etwa die Hälfte der Teilnehmer von morgens 8 Uhr bis abends gegen 10 Uhr ihre 500000 Fische abwurften, während die andere Hälfte erst am nächsten Sonntag in den Südkampf um die Einzelmeisterschafts- und Mannschaftsreihen eingesetzt. Die bisher erzielten Resultate sind als sehr gut anzusehen und der Kampf um die fallenden Regel wurde von den zahlreichen Anwesenden mit Beifall verfolgt. Die beiden Spitzenläufer Oskar G. und Seelig wurden von Gang mit dem Sportgemeinschaftsergebnis 1101 verdrängt, aber auch Seelig konnte sich noch vor Seelig setzen. Die Reihenfolge wird aber erst beim nächsten Start endgültig, da noch einige Zusätze folgen. Ergebnisse auf 200 Augen: Gang 1101, Biele 1084, Werner 1069, Wilmus 1068, Weier 1066, Thiele 1063, Siebler 1060, Oskar 1049, Münnich 1048, Seelig 1045; auf 100 Augen: Weier 564, Gang 562 und 559, Biele 553 und 531, Oskar 548, Wilmus 541, Seelig 540, Werner und Münnich 539, Thiele 535, Siebler 532; auf 50 Augen: Kniepe 301 und 282; auf 10 Augen: Biele 68, Kniepe, Weier, Werner und Münnich 67, Weier und Biele 66. Außerdem sind Werner 9.9. und Siebler 9.9.9. und Biele 9.9.9.

BVB-Nachrichten.

Das BVB-Heim im neuen Jahre.

Nach einer kurzen Pause in der Zeit vom Weihnachten und Neujahr öffnet der Verband Mitteldeutscher Ballspiel-Vereine sein in Leipzig gelegenes Verbandsheim am 11. Januar erneut und stellt es in der Woche vom 11. bis 18. Januar dem Gau Groß-Leipzig für eine Sportgemeinschaft erwerbsloser Jugendlicher zur Verfügung. In der Woche vom 18. bis 25. Januar folgt ein Lehrgang für erwerbslose Fußballe, dessen Zeitung voraussichtlich der Internationale Edi (Vendos) vom Verbandsfußball-Ausschuss übernommen wird. Die Woche vom 25. bis 30. Januar bringt den 6. Lehrgang für erwerbslose Jugendlicher, dem in der Zeit vom 1. bis 6. Februar wieder eine vom Gau Groß-Leipzig veranstaltete Sportgemeinschaftswoche erwerbsloser Jugendlicher folgt. In der Woche vom 8. bis 18. Februar ist ein Lehrgang für erwerbslose Jugendleiter vorgesehen und die Zeit vom 15. bis 20. Februar ist dem 7. Lehrgang für erwerbslose Jugendleiter vorbehalten. Für die Fußballer wird in der Woche vom 22. bis 27. Februar ein weiterer Lehrgang geplant, während in der Woche vom 29. Februar bis 6. März wiederum der Gau Groß-Leipzig eine Sportgemeinschaftswoche für erwerbslose Jugendliche abhält. Vom 7. bis 12. März folgt ein Lehrgang für aktive Leichtathleten, der jedoch möglicherweise auf die Zeit vom 11. bis 26. März verlegt wird. Der 1. Frauen-Lehrgang ist für die Zeit vom 14. bis 19. März vorgesehen, und zwar für Handballerinnen. Die Woche vom 21. bis 26. März wird, sofern sie nicht durch Verlegung des Leichtathleten-Lehrganges befehlt wird, wiederum vom Gau Groß-Leipzig zu einer Sportgemeinschaftswoche ausgenutzt. Vom 29. März (2. Osterfeiertag) bis zum 2. April werden sich die Schiedsrichter zu einem Lehrgang einzufinden. Vom 4. bis 9. April folgt wiederum der 8. Lehrgang für erwerbslose Jugendleiter, darauf vom 10. bis 16. April eine Sportgemeinschaftswoche.

Eingesandt.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die preisgegebliche, nicht die ideelle Verantwortung.)

Als Haussbesitzer, so will ich mich kurz und nicht ganz ohne Stolz vorstellen, habe ich mit Interesse Kenntnis genommen von den verschiedenen Eingesandts der letzten Tage, Haussbesitz betreffend. Bevor die „Geldwiese“ für dieses Thema gelöst wird, will ich mich beeilen, ebenfalls einen kleinen Beitrag hierzu zu spenden. Ich bin kein Mann der Feder, deshalb sei mir angewiesen Plauderton zugeteilt. Als Kleinhäusler möchte ich nicht die Sache von der materiellen Seite anfassen, denn alles Gold (Bierbild!) ist doch nur Chimäre. Kleiner Haussbesitzer zu sein, hat nämlich auch etwas Ideales an sich, überhaupt seit etwa 15 Jahren. In besseren Miethäusern gerichtet, glaube ich, im großen und ganzen immer noch ein besserer Ton. Aber „bei uns“, da muss man schon manchmal sagen: Unser Ton ist raus, aber herzlich. In meiner Eigenschaft als Vermieter von Kleintümmlungen, die immer noch der Zwangswirtschaft unterliegen, zog ich mir jüngst eine kleine blutige Körperverletzung zu. In meinen ersten Bedrägen schrie ich nach der Polizei, doch konnte diese nicht einschreiten, da sich der Vorgang auf dem Grundstück abgespielt hatte, wo, wie gesagt wurde, der Hausswirt selbst die erste Polizei ist. Hieron habe ich mit Bekleidung kenntnis genommen, womit aber nicht gesagt sein soll, dass ich mir nun meine „Befreiung“ besonders merken lasse. Meine Befreiung oder Gewalt verfehlt sich nämlich wohnungen kündigen oder vermieten will. Hier muss ich, und wenn noch so schmerzlich oder gewagt ist, mein Schicksal schon in andere Hände legen. Das neue soziale Mietrecht wird ja hier hoffentlich einen extraktiven Handel schaffen (es ist erst auf der Höhe), so dass dem Mieter wieder die Freizügigkeit und dem Hausswirt (also auch dem kleinen) sein verbrieftes Eigentumsrecht gewährleistet ist, wie jedem anderen deutschen freien Staatsbürger auch.

Wenn in einem Eingesandt den Mietherrn nahegelegt wird, sich ebenfalls ein Haus zu kaufen, so rate ich Euch, Mieter, tut das nicht! Wenngleich kein Miethaus, auf dem der Segen der allderbenden Zwangswirtschaft ruht. Jetzt habe Ihr nicht nötig, Straße und Hof zu legen, Sand zu streuen, Aschegrube zu räumen und andere Endprodukte fortzubringen. Das wird dann sofort anders. Ihr werdet sagen, dafür wirst Du, Hausswirt, ja doch bezahlt. Ja gut. Ich bekomme jetzt ab 1. Januar für eine Familie 5,20 RM. je Monat, zum 1. April sollen's wieder ein paar Groschen mehr werden, so das ich dann wieder auf den vorherigen Stand komme. Na ja, Abwechslung muss sein. Aber ich bin beruhigt, es wird mich und alle die vielen, denen es ebenso ergibt, kein Einsichtiger beneiden, wenn er nur ehrlich ist. Zu den Insulationsgewinnern gehören ins leider nicht, wohl aber muss ich seit Anbeginn die volle Mietzinsteuer bezahlen resp. wird sie mir abgezogen. Es liege sich noch sehr vieles sagen, aber die Rückfrage aus die verehrliche Schriftleitung und gesuchte Rücksicht verbleibt dies.

Zum Schluss möchte ich sagen, nicht die rechnerische Seite drückt mich trost allgemein so sehr, als vielmehr die Rechtlosigkeit im eigenen, mühsam erworbenen Hause. Die Verantwortung für Vorbehobes trägt Unterzeichner allein.

Einer von den ganz kleinen Haussbezirken
in den Bezirk.

Wochensgabe des Gau Groß-Leipzig, vom 17. bis 23. April ein Handball-Lehrgang. Für die spätere Zeit sind genauer Zeitangaben noch nicht erfolgt. Vorgesehen sind: Im Mai ein weiterer Lehrgang für erwerbslose Jungführer, vom 18. bis 25. Juni Lehrgang für erwerbslose Jugendleiter, 10. bis 17. Juli und 4. bis 10. September je ein Handballer-Lehrgang.

Verlags-Tagung.

Die für den 10. Januar einberufene Hauptvertretertagung des Verbandes Mitteldeutscher Ballspiel-Vereine ist auf den 21. Januar verlegt worden. Beginn 9 Uhr im Verbandsheim Leipzig.

Ludwig-Huhmann-Preis.

Die für den 11. Januar vorgesehene Preisverleihung der Gedächtnisplatte für Amtesleiterdirektor Ludwig Huhmann im Verbandsheim des Verbandes Mitteldeutscher Ballspiel-Vereine ist auf den 21. Januar verlegt worden. Beginn 10 Uhr.

Aus dem Vorjahr.

Hein Müller liegt in England. — Sofort nach Amerika weiter.

Der vor einigen Tagen durch Überkennung des Titels entthronute Europameister im Schwergewicht Hein Müller stellte sich am Montag abend im Kampf gegen den neuen englischen Meister Neggi Moore von einer sehr außen Seite und richtete den Engländer darunter zu, dass der Ringrichter nach der vierten Runde den Kampf abbrach und den deutschen Meister Müller zum Sieger erklärte.

Der in England mit großer Spannung erwartete Kampf hatte in Peterlee die Granithalle restlos gefüllt, brachte aber den Zuschauern, denen die Begegnung als Europameisterschaft angekündigt war, eine Enttäuschung durch ihren Landmann Müller hinter sich durch seinen Kampf großen Eindruck und war dem Engländer in jeder Beziehung überlegen, obwohl dieser einen Gewichtsvorteil von etwa 30 Pfund hatte. Moore bogte enttäuscht seine Andanger stark. Er war viel zu langsam und ungenau im Schlag.

Müller begibt sich nun sofort nach Amerika, wo er bereits am 15. Januar in Newark gegen den portugiesischen Riesen José Santa kämpfen soll und später in Chicago gegen Duffy Griffiths.

Schmeling in New York eingetroffen.

An Bord des deutschen Schnellkampfers „Europa“ traf am Montag abend der deutsche Boxweltmeister Max Schmeling in Begleitung der Tennislebster Roach und Kühllein in New York ein.

Schon in der Quarantänestation wurde Schmeling von zahlreichen Berichterstattern und Photographen empfangen. Der Weltmeister erklärte, dass er am 7. Januar seine Schankturnkunst in Peterlee (New Jersey) beginne und am 15. Januar in Palm Beach (Florida) sein werde, wo er sich auf den am 25. Februar in Miami stattfindenden Kampf gegen Milden Waller vorbereiten will.

2500 Dollar hinterlegt.

Max Schmeling hat durch seinen Manager Joe Jacobs der National Boxing Association das übliche Pfand von 2500 Dollar als Garantie für den Untritt zum Kampf um den Titel überreichen lassen.



Als Familienvater

Will ich wissen, was in der Welt vorgeht, um mich zeitig auf die Verhältnisse einzustellen zu können, die Einfluss auf meine Arbeit und das Wohlergehen meiner Familie haben. Deshalb lese ich das riesige Tageblatt, das mich über alles täglich orientiert und mir auch in meinen Ruhestunden mit seinem interessanten Unterhaltungsteil ein angenehmer Gesellschaftsleiter ist.

Über Sender-Störungen.

In den letzten Wochen sind durch Naturwirkungen verschiedene deutsche Sender, wie z. B. Magdeburg und Frankfurt a. M., mitten während der Hauptzeitselementen überallseitig stillgelegt worden. Von Seiten des Publikums wurden aus diesem Grunde Vorwürfe gegen die Reichsrandfunkverwaltung erhoben. Man erörterte die Vorwürfe des Reichsministers auf technische Mängel und ungenügende Beaufsichtigung der Antennen-Anlage zurück. Von australischer Seite wird dazu mitgeteilt, dass diese Vorwürfe unberücksichtigt sind. Bei den letzten Störungen handelte es sich nicht um eine Verstörung der Antennenfirmen, sondern der Antennensträbe, die auf die ungewöhnlich starke Vereitung der letzten Tage zurückzuführen ist. Eine solche Vereitung und Leberverschönerung der dünnen Drähte ist nicht zu vermeiden. Sie trat in früheren Zeiten, als noch die Telephonleitungen über der Erde geführt wurden, ebenfalls immer wieder ein. Eine Verstörung der Antennenfirmen durch starke Stürme ist in Deutschland bisher nur einmal vor einem Jahr bei den Münchener Türmen und im Ausland vor kurzem in Mailand erfolgt. Sie ist eine große Ausnahme. Man könnte eine solche Gefahr vermeiden, wenn man die Antennenanlagen viel stärker als bisher baute. Die Verbrauchsangaben seien erheblicher Natur, stehen aber in seinem Verhältnis zu den möglichen Schäden. Man hat sich deshalb besonders in Amerika zu dem Grundsatz bekannt, dass es immer noch billiger ist, ein Turm mit einmal um, als dass er übermäßig stabil und teuer ausgeführt wird. Bei den neuen deutschen Großsendern werden die Antennenfirmen zum größten Teil aus Holz sein. Dies ist gegenüber einer eisernen Konstruktion von Vorteil. Die Ablenkungen der Energiestrahlung, die bei den eisernen Türmen recht stark ist, fällt fort. Die Strahlung wird so, wie sie von den Sonnenstrahlungen erwartet werden kann.

Das Gewinnungslust im Bremer Wald.

Worath (Werderberg). An dem Satzweinwald am Hochwald-Wald im Werderberg-Wald, das, wie gemeldet, vier unzählige Eichenbäume enthalten, wurde weiter berichtet: Die vier unzähligen Eichenbäume mussten am 8. Januar von Hochfranken aus auf dem Wege über den Hochwald-Wald in das Kleine Wallerthal gelangen, um von Oberkörber aus hinaufzuführen. Sie wurden in Hochfranken einbringlich vor dem Winter geplant, befand sich eine Gelehrte von neben zwanzigjährigen Eichenbäumen, darunter drei aus Stuttgart, in der Nähe. Sie fanden die Bepflanzung niedergeschlagen. In der Nacht nach Mittelbörn im Kleinen Wallerthal fort, von wo sie nachmittags 4 Uhr durch das Telefon Hochfranken informiert wurden. Der Weinbergsmeister in Werderberg, als er um 8 Uhr abends von dem Unglück benachrichtigt wurde, sofort eine Expedition von sieben Männern aus. Weiter großer Gewinnungsschaden konnte diese Expedition nicht mehr eintreffen. Während der Nacht war wegen des stürmischen Wetters eine Bergungsarbeit unmöglich. Um 8.30 Uhr früh brach die Expedition, die insgesamt auf 21 Mann vergrößert worden war, zur Unfallstelle auf. Es musste eine Strecke von etwa 800 Metern abwärts gehen, bis man auf den ersten Bergungsfund kam, der 1% Meter unter dem Schneegrenze lag. Um 5 Uhr abends waren die Beile ausgetragen. Sie wurden nach Schäden gebracht, da der Weg nach Werderberg nicht mehr passierbar war.

Die Bergungsfunden sind Anna Schmidt, Schreinergasse, 818, 28 Jahre alt, aus Nürnberg; Richard Wittig, Student, 20 Jahre alt, aus Stuttgart; Peter Kramer, Bankbeamter, 33 Jahre alt, aus Schwaben; Theodor Möller, 20 Jahre alt, aus Nürnberg.

Leipziger Produktenbörsen vom 8. Januar. Weizen 72-73 Kilogramm 202-206; Weizen 75 kg 212-214; Weizen 77-78 kg 218-220; Roggen 70-71 kg 202-206; Sommergerste 210-215; Ritter- und Industriegerste 160-170; Wintergerste 180-185; Hafer neu 140-150; Mais 20 Pfato 185-190; Mais cinguan 200-205; Rüttlergerste 200-230; Weizenkleie 9,0-10; Roggenkleie 10-10,5; Weizenmehl 37,5-38; Roggenmehl 31-31,5.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörsen zu Berlin

Gehölze und Oelzäulen pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark

	5. Januar	6. Januar
Weizen, männlicher,	222,00-224,00	221,00-228,00
per Dezember	-	-
per März	244,00-248,00	242,00-241,00
per Mai	282,00-281,00	249,00
Tendenz:	fest	märrig
Roggen, männlicher,	185,00-187,00	187,00-189,00
per Dezember	-	-
per März	206,50	206,25
per Mai	214,00	213,50
Tendenz:	ruhig	fest-ruhig
Gerste, Braunergerste,	183,00-185,00	185,00-185,00
Ritter- und Industriegerste	148,00-152,00	148,00-152,00
Wintergerste,	-	-
Tendenz:	festig	ruhig
Hafer, männlicher,	184,00-182,00	134,00-142,00
per Dezember	-	-
per März	157,00-158,00	154,75-155,50
per Mai	164,00-163,00	160,00-159,25
Tendenz:	etwas festig	ruhig-märrig
Mais, rumänischer,	-	-
Tendenz:	-	-
Weizenmehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Saat (reinste Marken über Notiz),	27,00-31,00	27,00-31,00
Mogenmehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Saat	25,85-27,90	26,00-28,00
Weizenkleie frei Berlin	8,75-9,00	8,75-9,00
Roggenkleie frei Berlin	9,00-9,50	9,00-9,50
Weizenkleie-Melasse	-	-
Mais	-	-
Zeminoat	-	-
Rüttlergerste	21,00-27,50	21,00-27,50
Kleine Speiserübchen	21,50-24,00	21,50-24,00
Futterreichen	15,00-17,00	15,00-17,00
Beifußdosen	16,00-18,00	16,00-18,00
Aderbohnen	14,00-17,00	14,00-16,00
Wilden	16,00-19,00	16,00-19,00
Luzinen, blonde	10,00-12,00	10,00-12,00
gelbe	13,50-15,50	14,00-16,50
Serafella, neu	22,00-27,00	22,00-27,00
Rapsflocken, Basis 38%	-	-
Rapsflocken, Basis 37%	12,20-12,40	12,20-12,40
Trockenflocken	6,40-6,50	6,40-6,50
Soja-Ogrationsflocken, Bas. 45%	-	-
Kartoffelflocken	12,10-12,30	12,10-12,30
Epeiseflocken	-	-
Allgemeine Tendenz:	fest	schwächer

Die Hochwasserkatastrophe.



In Sachsen.
Von der zerstörenden Gewalt der Hochwasser, die zur Zeit überall in den deutschen Gebieten wirkt, ist besonders Sachsen schwer betroffen. Ganz besonders ist diesmal Chemnitz betroffen, wo Straßen und Plätze überflutet sind und der Verkehr lahmgelegt ist. Einen Eindruck von den gewaltigen Wassermassen gibt unsere Aufnahme von dem bei Chemnitz liegenden Riedewiesener Fließbad, das ganz unter Wasser steht.

Im Harz.
Auch der Harz hat schwer zu leiden. Von der Gewalt der Fluten gibt unsere Aufnahme einen Eindruck. Der Bahndamm der Kreise Goslar-Lautenthal-Clausthal im Harz wurde völlig unterspült und ist zum Teil eingestürzt. Der Verkehr wird durch Autobusse aufrechterhalten.



In Schlesien.
In Schlesien hat die plötzliche Schneeschmelze vor allem in den Kreisen Görlitz und Landesbusch große Überschwemmungen hervorgerufen. Vor Görlitz sind, wie unsere Aufnahme zeigt, die Uferstragen vollkommen überflutet.

Die Grubenkatastrophe in Beuthen.
Bei einem Grubeneinsturz auf der Karlsbad-Bentzinsgrube der Schleißheimer Bergwerks- und Hüttengesellschaft bei Beuthen hat sich ein schweres Einsturzungsfuß unter Tag ereignet, dem 16 Bergleute zum Opfer gefallen sind. Unsere Aufnahme zeigt die Unglücksgrube bei Beuthen.

Land nach Menschen.

ROMAN VON FANNES HELLSICKER

URHEBERVEREINIGUNG / ROMAN VERLEGEN HERTZENBERG, GÖTTINGEN 10-00

9. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Würglich begegnete sie einem Mann, der wie eine Erziehung auf einmal vor ihr stand. Glanz und Zabel durchdrückte sie. Seelig schwankte sie auf den Menschen zu, sie las es gar nicht, wie finster er auslief. Ein kruppiger Bart umrahmte das Gesicht, aus dem ein Paar unsichtbare Augen blickten. Die Kleidung war zerrissen und an den Hohen Stellen gekräppelt. Neben der Schulter trug der Kerl ein Gewehr.

Gänsehaut blieb er Christa an. Rahm plötzlich die Hände und legte sie auf Christa an.

Christa war zu Tode erschrocken. Siehend sank sie in die Knie. Der Mann grunzte, brummte ein paar Worte, die sie nicht verstand, schüttete das Gewehr und wandte sich zum Gehen.

Sie schleppete sich zu ihm hin, umklammerte seine Hand, flehte um Hilfe. In ihrer Angst vergaß sie, französisch zu sprechen. Er verstand sie nicht. Mit einer unwilligen Bewegung streifte er sie von sich ab.

Christa blieb wieder allein in der Einsamkeit. Dieses Ereignis war so niederschlagend für sie, daß sie zusammenbrach. Sie konnte nicht mehr weitergehen.

Eine ganze Zeit lang lag sie wie beschränkt da. Dann juckte sie gewaltsam ihre Gedanken zusammenzuziehen.

War es möglich, daß ein Mensch, der ihr Blut sah, sie einfach vertrommen ließ? Sollte er sie doch besser erschlagen!

Zweitelloß war er ein Wilderer, der nicht entdeckt werden wollte. Sicher sollte ein anderer Mensch davon glauben.

Sie schauderte bei dem Gedanken, wie grausam das Leben war. Jeder Mensch dachte nur an sich selbst!

Der Christa lärmenden lagen wieder. Sie blieb einige Stunden ohnmächtig liegen.

Als sie erwachte, war es Abend geworden. Noch einmal mochte sie den Versuch, vorwärts zu kommen. Mit Gedanken erkannte sie plötzlich, daß sie wieder an dieselben Stelle angekommen war, von der sie ausging. Sie war also im Kreis gelungen.

Sie begann wieder zu sognen. Die Dunderkraft packte abermals fest.

Christa sank, an sich und der Welt verzweifelt, in das nasse Moos. Bettübung am Nebelwette wieder ihres Geist, es war eine Erfüllung.

Graf Christophe de Jenne erwartete in seinem Schloß den Sandrat Doktor Guille als Gott zur Jagd. Es war vier Uhr früh. Die beiden Hunde wurden schon ungeduldig.

Ein Diener hatte dem Grafen auf der gebedeten Terrasse das Frühstück vorbereitet.

Endlich hörte man ein Automobilsignal. Der Sandrat kam. Beide Herren begrüßten sich höflich. Sie befanden sich in müderfülliger Jagdvorrichtung.

Im Auto fuhren sie an eine entlegene Stelle des Waldes. Von hier aus brachten sie zu Fuß in das Dicke vor.

Den Grafen gelang es gleich zu Entfernung, etwas wilde Tiere zu töoten. Wild hatte man noch nicht gesehen.

Plötzlich hörte man, wie einer der Hunde etwas verlor. Die Herren wurden aufmerksam und gingen den Bäumen nach.

Der Graf posierte parisi, als er vor ihr auf dem Boden zusammengekniet und regungslos ein junges Mädchen ergriff.

Der Sandrat, der nach ihm kam, wußte vor Staunen zunächst einen Schritt zurück.

Dann antwortete der Graf die Allegende. Ganz schwach ging ihr Atem, aber sie lebte noch.

Beide Herren blickten sich ratlos an. Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als die Tochter fortzutragen.

Das Reichen Leben machte sie eine Stunde zurück. Es dauerte über eine Stunde, bis man in die Nähe des Autos kam, wo man den Chauffeur zur Hilfeleistung herbeizurufen konnte.

Was brachte die Unbekannte zum Schloß, wo sofort ein Arzt benachrichtigt wurde, der innerhalb einer Viertelstunde mit seinem Auto zur Stelle war.

Christa lag noch immer bewußtlos. Der Arzt untersuchte sie auf das genaueste. Seine Diagnose lautete: Vollkommen erledigt.

Was läßt sie etwas Schärfenes ein. Nach geräumter Zeit gelang es auch, sie zum Bewußtsein zurückzubringen.

Christa blickte sie um sich, als sie bemerkte, daß sie in einem Zimmer lag. Der Arzt stand neben ihr und schaute sie freundlich an. Der Graf war nicht anwesend.

„Wo, wo bin ich nur?“ fragte Christa und fuhr matt

mit der bloßen Hand über die Decke. „Wie komme ich hierher?“

Der Doktor gab ihr in kurzen Zügen Bescheid. Verwandert hörte sie ihm zu. Dann erzählte sie häufig ihre Geschichte. Man sollte sofort nach den Verbrechern forschen.

Der Arzt entfernte sich, um den Grafen zu rufen. Inzwischen brachte ein Diener für die Schäfte ein fröhliches Essen und Rotwein. Eine ältere Hausdame mache ihr alles neben dem Bett gedeckt.

Der Graf erschien. Mit großen Augen blickte Christa zu der ungewöhnlichen Erscheinung auf. Obwohl er erst am Anfang der Vierzig war, hatte er an den Schläfen schon ergrautes Haar. Seine vornahm-arkokratische Haltung gab ihm ein besonders ehrwürdiges Gepräge.

Im liebenswürdiger Weise begrüßte er seine Schäfte. Er habe an Stand ihres Berichtes, den ihm der Arzt mitgeteilt hatte, sofort an die Polizei telephoniert. Es werde wohl bald jemand zur Vernehmung kommen.

Christa bedankte sich herzlich. Der Doktor verabschiedete sich und verließ mit dem Sandrat zusammen das Schloß.

Der Graf redete sich mit Christas Erlaubnis eine Zigarette an und ließ sie die Geschichte nun von ihr selbst erzählen. Dabei blickte er sie unangefegt nachdenklich an.

„Ihre Geschichte klingt sehr romantisch, mein liebes Fräulein,“ meinte er lächelnd. „Man wird der Sache natürlich bis ins einzelne nachgehen. So lange, bis für Sie wieder Ruhe beschafft sind, bleiben Sie selbstverständlich mein Gott.“

„Das ist äußerst Nebensächlich, Herr Graf,“ erwiderte Christa, „ich würde indessen nicht, wie ich das wieder gern machen sollte.“

„Doch einfach!“ moinde de Jenne, „wenn Sie erst Filmstar sind, und ich komme einmal nach Deutschland, was öfter der Fall ist, so werden Sie mir eine Freikarte für das Kino geben.“

Christa mußte lachen. „Ja, die können wir haben. Aber sie wissen ja noch gar nicht, ob es mit ihr überhaupt so weit kommt.“

Da er merkte, daß sie von dem vielen Sprechen erschöpft war, empfahl er sich, nicht aber, ohne sie vorher darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß sie nur zu fliegen brauche, um im nächsten Augenblick jeden ihrer Wünsche erfüllt zu leben.

Christa blieb ruhig liegen. Es war so wohlig warm in diesem Bett nach den kühlen Regenfällen im Freien.

